

Schmerzhafter Übergang zur Marktwirtschaft

Die Wirtschaft der RGW-Länder und Jugoslawiens 1989/90

Dieser Bericht wurde im *Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche* (WIW) verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen Länder sowie auf Schätzungen des WIW. Die Angaben für 1989 sind vorläufig.

Nachdem sich das Wirtschaftswachstum im europäischen RGW-Raum 1988 noch beschleunigt hatte, kam es 1989 wahrscheinlich zu einem realen Rückgang von Nationaleinkommen und Industrieproduktion. Zwar signalisieren die offiziellen Zahlen (Rumänien hat nicht berichtet) nur eine starke Wachstumsabschwächung, doch dürften in allen Ländern die Deflatoren zu niedrig angesetzt sein. Auch die Landwirtschaft verzeichnete ein geringeres Wachstum als 1988. Diese Entwicklung galt einheitlich für alle Länder. In einigen Ländern — Polen, Ungarn, UdSSR — belebte sich die *Privatwirtschaft* außerhalb der Landwirtschaft. Allerdings konnte dies die Produktionsverluste im staatlichen Sektor noch nicht ausgleichen. Jugoslawien meldete eine Stagnation des Nationaleinkommens, die aber im Vergleich mit den starken Rückgängen in den Jahren 1987 und 1988 auch positive Züge trägt. Diese leichte Verbesserung ging ausschließlich von der Landwirtschaft aus.

Die gemeldete Wachstumsabschwächung im RGW-Raum entsprach zwar dem langfristigen Trend der von Strukturschwächen, technologischem Rückstand und geringer Arbeitsmotivation der Bevölkerung geprägt war. 1989 kam die Flucht Hunderttausender Menschen aus Bulgarien und der DDR sowie in Polen

Der Niedergang des „realen Sozialismus“ fand 1989 seinen Ausdruck in schrumpfendem Nationaleinkommen, beschleunigter Inflation, wachsenden Budgetdefiziten und steigender Auslandsverschuldung. Im bevorstehenden Übergang zur Marktwirtschaft wird eine Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit unvermeidlich werden. Werden radikale geld- und fiskalpolitische Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen — wie bereits in Polen und Jugoslawien —, so ist zwar mit einem Erlöschen der Inflation und mit einer Verbesserung der Handelsbilanz zu rechnen, allerdings auch mit einer tieferen Rezession.

die Abwanderung einer großen Zahl von Arbeitskräften aus dem staatlichen in den privaten Sektor hinzu. Außerdem erzwang in Bulgarien, Polen und der ČSFR die schwache Entwicklung der Westexporte erhebliche Beschränkungen der Importe aus dem Westen bzw. ihres Wachstums.

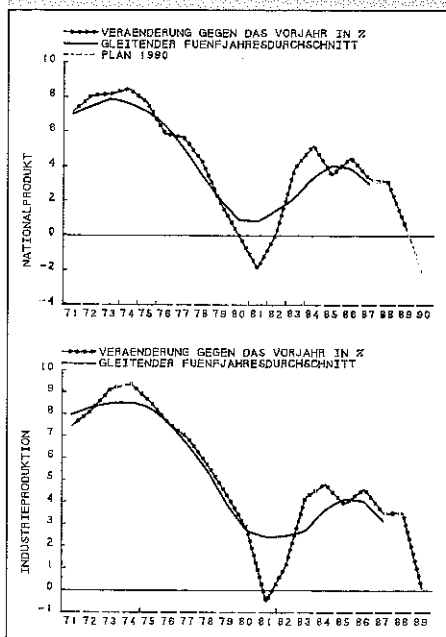
Während die realen Wirtschaftsaktivitäten bestenfalls stagnierten, verloren die wirtschaftspolitischen Instanzen weiter die Kontrolle über die monetäre Entwicklung, sodaß sich die *Inflation* überall beschleunigte. Besonders bedrohlich wurde die Lage in den „traditionellen“ Inflationsländern Jugoslawien und Polen: Bei relativ fle-

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum und in Jugoslawien *Übersicht 1*

	1987	1988	1989		1990 Plan
			Plan	Ist	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Nationalprodukt¹⁾</i>					
Osteuropa ²⁾	+33	+31	+41	+05	-23
UdSSR	+16	+44	+57 ²⁾	+25	+42 ²⁾
RGW ²⁾	+21	+40	+52	+19	+25
Jugoslawien	-12	-17	+15	+08 ³⁾	-20
RGW und Jugoslawien ²⁾	+19	+38	+51	+18	+23
<i>Industrieproduktion</i>					
Osteuropa ²⁾	+35	+35	.	+01	.
UdSSR	+38	+39	+30	+17	+34
RGW ²⁾	+37	+38	.	+12	.
Jugoslawien	+08	-07	+10	+09	-20
RGW und Jugoslawien ²⁾	+36	+36	.	+12	.
<i>Landwirtschaft</i>					
Osteuropa ²⁾	-09	+15	+34	+12	.
UdSSR	-06	+17	+66	+10	.
RGW ²⁾	-07	+16	+54	+11	.
Jugoslawien	-44	-37	+60	+30 ³⁾	.
RGW und Jugoslawien ²⁾	-08	+14	+54	+12	.
<i>Bruttoinvestitionen</i>					
Osteuropa ²⁾	+50	+32	.	.	.
UdSSR	+57	+62	+30	+06	-103
RGW ²⁾	+55	+55	.	.	.
Jugoslawien	-52	-58	+35	+20	+20
RGW und Jugoslawien ²⁾	+52	+52	.	.	.

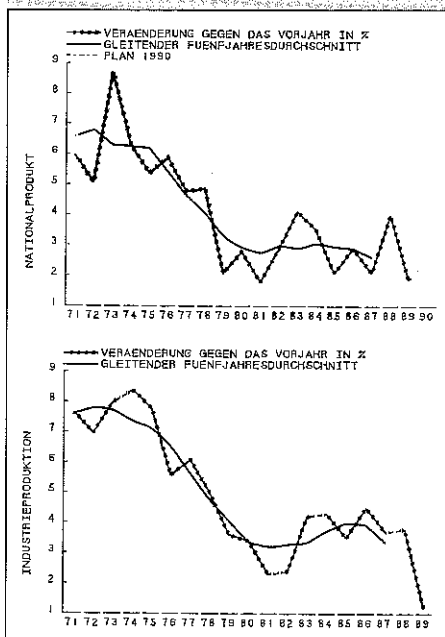
¹⁾ Netto-Materialprodukt — ²⁾ WIW-Schätzung — ³⁾ BSP

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 1*
in Osteuropa



xibler Preisbildung stieg das Preisniveau im Jahresdurchschnitt um 1 255% bzw um 244%; in den letzten Monaten des Jahres verschärfte sich diese Entwicklung erheblich. Auch Ungarn, dessen Regierung die Inflationsrate in den vergangenen Jahren auf einem kontrollierbaren Niveau von rund 15% zu halten suchte, mußte eine Beschleunigung auf etwa 20% hinnehmen. Sogar in jenen Ländern, in denen Wirtschaftsreformen nur recht zögernd vorankamen — Bulgarien und UdSSR —, verstärkte sich der Preis-

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 2*
im RGW-Raum



Außenhandel der RGW-Länder und Jugoslawiens mit den westlichen Industrieländern

Übersicht 2

	1980	1985	1987	1988	1989 ¹⁾
	Mill \$				
Bulgarien					
Exporte	1 639	1 136	1 078	1 111	1 164
Importe	1 662	2 080	2 479	2 582	2 537
Saldo	- 22	- 944	- 1 401	- 1 471	- 1 373
ČSFR					
Exporte	3 240	2 763	3 578	4 062	4 501
Importe	3 691	2 699	4 106	4 500	4 430
Saldo	- 451	+ 64	- 527	- 438	+ 71
DDR²⁾					
Exporte	4 173	7 595	7 994	8 198	8 020
Importe	5 815	6 703	7 963	8 492	9 052
Saldo	- 1 642	+ 893	+ 31	- 294	- 1 032
Polen					
Exporte	5 849	3 982	5 080	6 077	6 240
Importe	6 691	3 494	4 313	5 617	5 970
Saldo	- 842	+ 488	+ 766	+ 459	+ 270
Rumänien³⁾					
Exporte	3 957	3 773	3 700	4 024	3 870
Importe	3 961	1 470	1 400	1 273	1 170
Saldo	- 4	+ 2 303	+ 2 300	+ 2 751	+ 2 700
Ungarn					
Exporte	3 046	2 629	3 517	4 043	4 253
Importe	3 714	3 170	4 070	4 084	4 374
Saldo	- 668	- 541	- 553	- 41	- 120
Osteuropa					
Exporte	21 904	21 879	24 948	27 515	26 048
Importe	25 534	19 615	24 331	26 548	27 533
Saldo	- 3 630	+ 2 263	+ 617	+ 967	+ 515
UdSSR					
Exporte	24 431	22 319	22 457	24 158	26 060
Importe	24 228	23 105	21 940	26 907	32 613
Saldo	+ 203	- 785	+ 517	- 2 749	- 6 553
RGW					
Exporte	46 335	44 198	47 404	51 673	54 108
Importe	49 762	42 720	46 271	53 455	60 146
Saldo	- 3 427	+ 1 478	+ 1 133	- 1 782	- 6 038
Jugoslawien⁴⁾					
Exporte	3 357	3 715	5 726	6 483	6 917
Importe	7 955	5 733	7 240	7 385	8 118
Saldo	- 4 598	- 2 018	- 1 514	- 902	- 1 201
RGW und Jugoslawien					
Exporte	49 692	47 913	53 130	58 156	61 025
Importe	57 716	48 453	53 511	60 841	68 264
Saldo	- 8 024	- 540	- 380	- 2 685	- 7 339

¹⁾ Vorläufiges offizielles Ergebnis. — ²⁾ 1989 eigene Schätzung. — ³⁾ 1987 eigene Schätzung 1988 und 1989 Angaben der OECD. — ⁴⁾ Seit 1985 mit dem laufenden Dollar-Dinar-Wechselkurs berechnet

anstieg: in der UdSSR von 3% auf 7,5%, in Bulgarien von 0,5% auf 6,2%. Hier ist aber zu beachten, daß die offizielle Preisstatistik nicht alle Preiserhöhungen erfaßt. Bulgarische Experten schätzen die durchschnittliche Inflationsrate zwischen 1985 und 1989 auf 11%. In der DDR, in Rumänien und in der ČSFR blieb die Inflation bei inflexiblen Preisen zurückgestaut.

In allen Ländern wuchs das Defizit im Staatshaushalt. Dazu trug hauptsächlich die Steigerung der Preissubventionen aber auch — etwa in Polen — eine sinkende Steuerzahlungsmoral der Staatsunternehmen bei. Das Defizit der UdSSR ist das höchste in der gesamten Region: Es stieg von 10,2% des Nationaleinkommens 1988 auf 14,9% 1989 (92 Mrd Rubel). Das Defizit Polens erreichte 5,5%, das Bulgariens nur 4,4% des Nationaleinkommens.

Selbst das Budget der ČSFR, das 1988 noch ausgeglichen gewesen war, brachte 1989 erstmals ein Defizit, wenn auch die Quote von etwa 1% des Nationaleinkommens vorerst niedrig blieb. Gleichwohl muß das Defizit als erstes Alarmsignal für eine beginnende Destabilisierung gewertet werden.

In einigen Ländern, deren Regierung durch restriktive Kreditpolitik die Kontrolle über das Geldangebot zurückzugewinnen trachtete, trat das Phänomen der „erzwungenen Kredite“ auf Staatsunternehmen, die als sicher annahmen, daß in letzter Instanz das Staatsbudget oder der Kreditapparat alimentierend eingreifen würde. Dies gilt vor allem für Polen, wurde aber auch erstmals aus Ungarn und der UdSSR berichtet: Unternehmen nutzten die hohe Inflationsrate, um

durch Zahlungsverzug ihre reale Belastung zu vermindern

Instabilität ging auch von der Lohn- und Einkommensentwicklung aus. In den meisten Ländern überstieg das nominelle Wachstum der Löhne und Einkommen die Inflationsrate. In Polen und Jugoslawien, die die Preise weitgehend freigegeben hatten, kam eine Lohn-Preis-Spirale in Gang; sie konnte allerdings in Polen im letzten Quartal des Jahres gestoppt werden. In den anderen Ländern war die Flucht in den Einsatz der Notenpresse ein letzter Versuch, die Unzufriedenheit der Arbeiter zumindest zeitweilig zu dämpfen. Bei inflexiblen Preisen erhöhte sich dadurch der Überschuß der Nachfrage über das Angebot, und die Menschen schlangen vor den Geschäften wachsenden. Ein Teil der Überschußnachfrage in Ungarn floß nach Österreich ab. Dadurch wurde zwar der Inlandsmarkt entlastet, doch verschlechterte sich die Leistungsbilanz.

Bei hohen Inflationserwartungen besteht allgemein die Gefahr, daß die Bevölkerung freiwillige Ersparnisse auflöst, um sie auf dem schwarzen Markt in Dollar, DM oder wertbeständigen Gütern (Haushaltsgütern, Alkohol, Wohnungen usw.) anzulegen. Dadurch erhöhen sich die Ungleichgewichte. Die Flucht aus dem Geld war bisher vor allem in Polen und Jugoslawien evident. Ähnliche Erscheinungen konnten Ende 1989 und Anfang 1990 aber auch in der DDR und der ČSFR beobachtet werden. In der DDR wurden sie durch die Ankündigung eines möglicherweise ungünstigen Umtauschkurses im Falle der deutsch-deutschen Währungsunion hervorgerufen.

Von der Investitionstätigkeit gingen 1989 weniger inflationäre Effekte aus. Die Regierungen Bulgariens, Polens und der UdSSR suchten die wachsenden Ungleichgewichte im Staatshaushalt durch eine Einschränkung der Investitionen zu bremsen. In Bulgarien blieben die Investitionen nominell um 7,7%, real wahrscheinlich noch stärker unter dem Vorjahresniveau. In Polen fielen sie im Jahresdurchschnitt um 2%, nachdem das 1. Halbjahr noch von einem hohen Wachstum gekennzeichnet gewesen war. Nur in Ungarn und Jugoslawien wuchsen die Investitionen und erhöhten die inländische Absorption des Nationaleinkommens. Allgemein ist die

makro- und mikroökonomische Investitionsstruktur ungünstig geblieben und bewirkt damit indirekt Ungleichgewichte – spätestens wenn die Anlagen in Betrieb genommen werden und an der inländischen und ausländischen Nachfrage vorbeiproduzieren.

Symptomatisch für die Krise sind die schwachen Ergebnisse im Export Osteuropas und Jugoslawiens in die OECD-Länder, obwohl die Nachfrage in den OECD-Ländern hoch blieb (reales BIP der OECD 1989: Schätzung +3,5%). Nur Bulgarien und die UdSSR verzeichneten eine leichte Wachstumsbeschleunigung. Während 1988 die Exporte durchwegs rascher wuchsen als die Importe, kehrte sich 1989 die Situation um. In der DDR, in Polen und der UdSSR suchte die Regierung – allerdings erfolglos – die wirtschaftliche und politische Situation durch zusätzliche Importe zu stabilisieren. Bulgarien und Rumänien wählten einen anderen Weg: Bei stagnierenden bzw. sogar rückläufigen Exporten kürzten sie ihre Importe drastisch. Die dadurch verschärfte

wirtschaftliche Lage im Inland dürfte zu den politischen Umstürzen beigetragen haben. Die Handelsbilanz der RGW-Region mit der OECD verschlechterte sich damit enorm, das Defizit wuchs von 1,8 auf 6 Mrd \$: Der Überschuß Osteuropas sank auf 500 Mill. \$, das Defizit der UdSSR stieg auf mehr als das Doppelte (6,6 Mrd. \$).

Diesem starken Anstieg des Defizits entsprechend wuchs die Verschuldung der RGW-Region brutto von 148 auf 158 Mrd \$ und netto von 114 auf 125 Mrd \$. Das Leistungsbilanzdefizit der Region fiel höher aus als das Handelsbilanzdefizit, da die Dienstleistungsbilanz einiger Länder einen negativen Saldo aufweist – z. B. Polen, dessen Verschuldung vor allem durch die Nichtzahlung von fälligen Zinsen wuchs. Dollarkursveränderungen hatten keinen Einfluß auf die Verschuldung. Am stärksten stieg die Verschuldung Bulgariens, dessen Lage dadurch besonders prekär geworden ist; Ende März 1990 erklärte die Regierung einseitig ein teilweises

Verschuldung der RGW-Länder und Jugoslawiens **Übersicht 3**
In konvertibler Währung

	1980	1986	1987	1988	1989 ¹⁾
	Mrd. \$ zu laufenden Preisen				
Bulgarien					
Brutto	3,5	4,7	5,8	7,7	10,8
Netto	2,7	3,3	4,8	5,9	9,5
ČSFR					
Brutto	4,9	5,3	6,0	6,7	7,9
Netto	3,6	4,1	4,4	5,0	6,0
DDR					
Brutto	13,9	15,6	18,7	19,8	20,6
Netto	11,8	8,2	9,7	10,3	11,0
Polen					
Brutto	24,1	33,5	39,2	39,2	41,4
Netto	23,5	31,8	36,2	35,6	37,6
Rumänien					
Brutto	9,6	6,4	5,7	2,9	0,3
Netto	9,3	5,8	4,4	2,1	- 1,1
Ungarn					
Brutto	9,1	16,9	19,6	19,6	20,0
Netto	7,7	14,8	18,1	18,3	18,9
Osteuropa					
Brutto	65,1	82,5	95,0	95,9	101,0
Netto	58,6	67,9	77,5	77,2	78,8
UdSSR					
Brutto	23,5	30,5	40,2	46,8	52,4
Netto	14,9	15,6	26,1	31,5	37,6
RGW-Banken					
Brutto	4,5	5,2	5,1	5,1	5,0
Netto ²⁾	4,5	5,2	5,1	5,1	5,0
RGW und RGW-Banken					
Brutto	93,1	118,1	140,3	147,8	158,4
Netto	78,0	88,7	108,6	113,7	124,5
Jugoslawien					
Brutto	16,5	19,4	20,5	19,9	17,4
Netto	13,7	17,1	18,2	15,1	12,2
RGW und Jugoslawien					
Brutto	109,6	137,5	160,8	166,7	175,8
Netto	91,7	105,8	126,8	128,8	136,7

¹⁾ Vorläufig – ²⁾ Annahme

Schuldenmoratorium Rumänien baute dagegen seine Schulden weiter ab und wurde sogar Netto-Kreditgeber Für Ungarn und die DDR wurden die bisher offiziell angegebenen bzw international geschätzten Verschuldungsdaten drastisch erhöht. Ungarns Schuldendienstquote (Schuldendienst in Prozent der Exporteinnahmen) betrug 1989 60% — ein Niveau, das das Land für Umschuldungen prädestinieren würde. Dagegen konnte Jugoslawien, trotz einer Verschlechterung seiner Handelsbilanz, aufgrund vermehrter Einnahmen aus der Dienstleistungsbilanz seine Verschuldung abbauen, und zwar um netto knapp 3 Mrd. \$

Im Handel mit den *Entwicklungsländern* versuchte man, die traditionellen Überschüsse durch eine Einschränkung der Exporte zu verringern. Diese Überschüsse werden gewöhnlich nicht in harten Währungen, sondern mit Gegenlieferungen abgezahlt und blockieren deshalb Ressourcen für die Verwendung im Inland oder für Exporte in den Westen, und dies wird besonders in Kri-

senzeiten wie heute als Belastung empfunden. Die UdSSR konnte ihren Überschuß um 32% auf 3,4 Mrd Rubel verringern

Der Handel der *UdSSR mit Osteuropa* schrumpfte, vor allem weil ihre Exporte sanken (-3,3%); die Importe der UdSSR aus Osteuropa nahmen um 1,7% zu. Terms-of-Trade-Verluste der Sowjetunion — infolge eines weiteren Rückgangs des Erdölpreises im Intra-RGW-Handel — ließen das Defizit der UdSSR um 1,7 Mrd. Rubel steigen. Für einige Länder, z. B. für Ungarn, ist diese Entwicklung unvorteilhaft, da ein Überschuß auf ihrer Seite einen Netto-Ressourcenabfluß in die UdSSR bedeutet, der nur geringe Zinserträge bringt. Im März 1990 konnte Ungarn allerdings mit der Sowjetunion den Umtausch seines Handelsbilanzüberschusses von Transfer Rubel in Dollar zu dem günstigen Kurs von 0,92 \$ je Transferrubel aushandeln (üblicher Kurs: 1 \$). Ab 1990 wird der Überschuß Ungarns mit der Lieferung „harter“ sowjetischer Waren ausgeglichen und verbessert damit wenigstens indirekt die Devisenposition.

Stagnierende Produktion, wachsende Budgetdefizite und Auslandsschulden waren der ökonomische Ausdruck für den Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa. Diese negativen Trends setzten sich

Aussichten für 1990

auch in den ersten Monaten 1990 fort und lassen einen allgemeinen Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten in diesem Jahr erwarten. In Ungarn, Polen und der ČSFR werden verschiedene Sanierungsmaßnahmen — vor allem die Bekämpfung der Budgetdefizite — die effektive Nachfrage senken. Polen betreibt sogar eine ausgesprochen monetaristische Wirtschaftspolitik. In diesen Ländern ist wie in der DDR (nach Verwirklichung der Währungsunion) mit einem teilweise (Polen) scharfen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Polen, Ungarn und Jugoslawien können mit neuen Krediten des Westens rechnen und dadurch das gegenwärtige Importvolumen finanzieren. Dagegen ist die Kreditwürdigkeit der UdSSR und — durch das einseitige Moratorium von Ende März — Bulgariens gesunken. Importdrosselungen sind nicht ausgeschlossen und können zu Produktionseinbußen führen. Bei einem allgemein eher rückläufigen Ost-West-Handel wird das Defizit der RGW-Region 1990 wahrscheinlich um einige Milliarden Dollar anwachsen.

Die neuen Regierungen in Osteuropa streben den Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild an — und das in Ungarn, Polen und der ČSFR so rasch wie möglich. Das bedeutet nicht nur rasche Freigabe der Preise, Herstellung von Wettbewerb, Förderung der Privatwirtschaft, Schaffung von Kapital- und Arbeitsmärkten und Liberalisierung des Außenhandels, sondern auch die Durchführung einer effektiven Stabilisierungspolitik mit dem Ziel, eine galoppierende oder gar Hyperinflation zu vermeiden. Insgesamt scheinen die Aussichten, diesen Übergang relativ reibungslos zu vollziehen, für Ungarn am besten: Durch die lange Reformtradition orientieren sich die Unternehmen stärker am Markt, und die Ungleichgewichte sind vergleichsweise klein. Allerdings ist die Auslands-

Außenhandel der UdSSR mit Osteuropa und Jugoslawien Übersicht 4

	1980	1985	1987	1988	1989
	Mill. Rubel				
Bulgarien					
Exporte	3 660	6 456	6 276	6 094	6 170
Importe	3 439	6 056	6 552	6 873	7 307
Saldo	+ 221	+ 400	- 275	- 779	- 1 137
ČSFR					
Exporte	3 648	6 830	6 777	6 385	6 255
Importe	3 536	6 632	6 907	6 817	6 610
Saldo	+ 112	+ 198	- 131	- 432	- 355
DDR					
Exporte	4 873	7 670	7 636	7 193	6 662
Importe	4 327	7 592	7 093	7 024	7 175
Saldo	+ 546	+ 78	+ 543	+ 169	+ 513
Polen					
Exporte	4 406	6 532	6 542	6 298	5 771
Importe	3 596	5 600	6 329	7 109	7 410
Saldo	+ 810	+ 932	+ 213	- 811	- 1 639
Rumänien					
Exporte	1 350	1 957	2 539	2 344	2 681
Importe	1 441	2 303	2 347	2 431	2 489
Saldo	- 91	- 346	+ 192	- 87	+ 193
Ungarn					
Exporte	2 982	4 577	4 600	4 484	4 188
Importe	2 757	4 892	5 080	4 943	4 813
Saldo	+ 225	- 315	- 480	- 459	- 625
Osteuropa					
Exporte	20 919	34 022	34 370	32 798	31 728
Importe	19 096	33 075	34 309	35 199	35 804
Saldo	+ 1 823	- 947	+ 61	- 2 401	- 4 076
Jugoslawien					
Exporte	2 096	2 723	1 901	1 694	1 926
Importe	1 780	3 367	2 073	2 147	2 405
Saldo	+ 289	- 644	- 172	- 453	- 479
Osteuropa und Jugoslawien					
Exporte	22 988	36 745	36 271	34 492	33 654
Importe	20 876	36 442	36 382	37 346	38 210
Saldo	+ 2 112	+ 303	- 111	- 2 854	- 4 556

Q. Vneshnjaja torgovija SSSR; Außenhandel der UdSSR 1990 (3) Moskau

verschuldung sehr hoch. Der ČSFR werden zwar auch große Erfolgchancen eingeräumt, doch weisen die erwähnten Anzeichen von Instabilität darauf hin, daß das Land erst am Anfang der Probleme stehen könnte. Die Einschätzung der Entwicklung in Polen ist problematisch: Aufgrund der radikalen und einseitig auf Nachfrage-senkung ausgerichteten Stabilisierungspolitik ist eine Zerstörung auch schützenswerter Strukturen zu befürchten. Eine Korrektur der Wirtschaftspolitik zu mehr Angebotsförderung erscheint deshalb 1990 nicht ausgeschlossen.

Hubert Gabrisch

Landwirtschaft 1989: Mäßiger Anstieg von Produktion und Getreideimporten

Die *Brutto-Agrarproduktion* nahm in den RGW-Ländern (ohne Rumänien) 1989 bereits das zweite Jahr mäßig zu (+1,1%). Dies ist insbeson-

Der mäßige Anstieg der Agrarproduktion im RGW ließ eine Einschränkung der Importe von Agrargütern nicht zu. Die historischen Ereignisse des Jahres 1989 in Osteuropa werden erst in späteren Jahren deutliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion zeigen.

dere auf die 1989 bessere Getreide-ernte im RGW zurückzuführen (mehr als 300 Mill t, +6%). Besonders gute Ergebnisse erzielten Polen und Ungarn. Die höchsten Hektarerträge sind in Ungarn (über 5 t), der ČSFR und der DDR zu verzeichnen (jeweils über 4 t). Die Getreideproduktion der UdSSR (zwei Drittel der gesamten Getreideernte des RGW) übertraf mit 211,1 Mill t das Vorjahresniveau um 8,3%. Der Hektarertrag (+10,6% auf 1,9 t – das ist nach wie vor der niedrigste Wert im RGW) nahm rascher zu als die Produktion, woraus man schließen kann, daß die Anbauflächen weiter zurückgegangen sind: Der Einsatz der sehr begrenzten Inputs wird auf fruchtbarere Böden konzentriert.

Die *Zuckerrübenproduktion* stieg im RGW gegenüber dem Vorjahr um rund 11%. Das Spitzenresultat der Zuckerrübenernte in der UdSSR (97,5 Mill. t) ist vor allem auf das günstige Wetter in den Anbauregionen zurückzuführen; allerdings waren

Ausgewählte Kennzahlen der Landwirtschaft im RGW und in Jugoslawien

Übersicht 5

	Ackerland	Brutto-Agrarproduktion		Pflanzenproduktion	Tierproduktion
	1988 1 000 ha	1988	1989	1989	1989
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Bulgarien	3 840	-0.1	-0.4	+ 1.0 ¹⁾	- 1.4 ¹⁾
ČSFR	4 752	+2.9	+1.1	+ 0.2	+1.7
DDR	4 687	-2.9	+1 bis +2 ¹⁾	+ 2.4	+1 bis +2 ¹⁾
Polen	14 386	+1.2	+2.0	+ 4.0	-1.0
Rumänien	10 069	+2.9			
Ungarn	5 049	+4.3	-0.1	+ 2.4	-2.6
Osteuropa	42 783	+1.5	+1.2 ²⁾	+ 2.8 ²⁾	-0.4 ²⁾
UdSSR	227 591	+1.7	+1.0	+ 1 ¹⁾	+1 ¹⁾
RGW	270 374	+1.6	+1.1 ¹⁾	+ 1.6 ²⁾	+0.6 ²⁾
Jugoslawien	14 208	-3.7	+3.0 ¹⁾	+1.0 ¹⁾	-2 ¹⁾

¹⁾ Eigene Schätzung — ²⁾ Ohne Rumänien

Hektarertrag und Zuckergehalt der Rüben weiterhin sehr niedrig. Die Kartoffelproduktion nahm in Osteuropa ab, in der Sowjetunion erholte sie sich 1989 nach der Mißernte 1988. Die Rauhutterproduktion ging 1989 im RGW vermutlich zurück, am stärksten in der UdSSR.

Die gesamte *Tierproduktion* stagnierte in Osteuropa. In der Sowjetunion nahm sie mäßig zu (+1%), die Fleischproduktion erhöhte sich auf 20 Mill t (+1,5%). Allgemein blieb der Standard der Tierzucht in der UdSSR sehr niedrig. Verantwortlich dafür sind vor allem die schlechte Zuchtarbeit, falsch konzipierte Stallobjekte und mangelhafte Futterbasis, die sich in einer hohen Sterblichkeitsrate unter den Jungtieren und in einem hohen Anteil unfruchtbarer Zuchttiere niederschlagen.

Die Lösung der *Krise der sowjetischen Landwirtschaft* wird nicht nur einen Produktionsanstieg in der Landwirtschaft selbst, sondern auch eine Verringerung der enorm hohen Verluste erfordern, die im Zuge von Ernte, Lagerung, Transport und Verarbei-

tung der landwirtschaftlichen Produkte entstehen. Die in der UdSSR intensiv diskutierte Privatisierung der Landwirtschaft setzt sich nur sehr langsam durch. Nennenswerte Fortschritte sind erst in den Baltischen Republiken zu verzeichnen.

Die nach-revolutionären Medien geben die Getreideproduktion *Rumäniens* im Jahr 1989 mit nur 16,9 Mill t an; Ceauşescu hatte im November noch von 60 Mill t gesprochen. Auch die statistischen Daten über die anderen Agrargüter mußten nach unten korrigiert werden. Diese markanten Unterschiede in den Kennzahlen bedeuten ein statistisches Vakuum, das eine Berechnung der Veränderungs-raten derzeit unmöglich macht. Die Veröffentlichung der tatsächlichen Ergebnisse auch für die Jahre vor 1989 muß abgewartet werden.

Die Landwirtschaft *Jugoslawiens* befindet sich weiterhin in einer Krise. Obwohl die Brutto-Agrarproduktion 1989 um etwa 3% gestiegen ist, konnten die Ausfälle von 1987 und 1988 nicht wettgemacht werden. Besonders schlecht schnitt die Tierproduktion ab.

Wichtige Sparten der Pflanzenproduktion im RGW und in Jugoslawien 1989

Übersicht 6

	Getreide ¹⁾		Zuckerrüben		Kartoffeln	
	Mill t	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾	Mill t	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾	Mill t	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾
Bulgarien	9.8	+23.4	0.9	+45.7	0.5	+50.3
ČSFR	12.0	-1.3	7.0 ³⁾	+28.1	+3.6 ³⁾	+0
DDR	10.8	+8.8	5.0 ³⁾	+10 ³⁾	9.2 ³⁾	-20 ³⁾
Polen	28.7	+10.0	14.4	+2.1	34.4	-0.9
Rumänien	16.9	-23.2				
Ungarn	15.9	+6.2	5.0	+10.8	1.4	-4.0
Osteuropa	94.1	+1.2				
UdSSR	211.1	+8.3	97.5	+10.8	72.0	+14.8
RGW	305.2	+6.0				
Jugoslawien	16.3 ³⁾	+7.1	6.7	+46.0	2.3	+21.0

¹⁾ Einschließlich Hülsenfrüchte — ²⁾ Veränderungsrate berechnet nach nicht gerundeten Zahlen — ³⁾ Eigene Schätzung

Wichtige Sparten der Tierproduktion im RGW und in Jugoslawien 1989

Übersicht 7

	Fleisch ¹⁾		Milch		Eier	
	Mill t	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾	Mill t	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾	Mrd Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in % ²⁾
Bulgarien	09	+3.1	2.5	-2.6	2.8	+5.0
CSFR ³⁾	17 ³⁾	+2	6.9	+2.0	5.6	+0.6
DDR ³⁾	2.1	+10 bis +2	8.0	+0	5.8	+1 bis +2
Polen	3.0 ³⁾	-4.3	16.1 ³⁾	+3.8		
Rumänien						
Ungarn ³⁾	1.7	-3.9	2.9	+1.5	4.6	-1.8
UdSSR	20.0	+1.5	108.1	+1.2	84.6	-0.7
Jugoslawien	1.6	-5.0	4.6	+0.3	4.9	+0 ³⁾

¹⁾ Schlachtgewicht — ²⁾ Veränderungsrate berechnet nach nicht gerundeten Zahlen — ³⁾ Eigene Schätzung

Wegen der schlechten Futtermittelverwertung mußte Osteuropa 1989 (wie 1988) rund 7 Mill. t Getreide importieren. Obwohl die UdSSR 1989 mehr Getreide produzierte als im Vorjahr, importierte sie mit 36 Mill. t Getreide um 1 Mill. t mehr als 1988; vermutlich bedeutet das eine Aufstockung der Getreidelager. Die USA sind weiterhin der wichtigste Lieferant. Der Fleischimport der UdSSR blieb 1989 vermutlich auf dem Niveau von 1988 (0,7 Mill. t). Ein weiterer Rückgang kann für den Zuckerimport der UdSSR angenommen werden (1987 5 Mill. t, 1988 4 Mill. t), da sich die Zuckerproduktion und -versorgung im Inland gebessert hat.

Nach den historischen Ereignissen von 1989 stehen die sozialistischen Länder in Osteuropa am Anfang des Übergangs zu einer freien Marktwirtschaft. Dadurch dürften sich auch die Bedingungen für die Landwirtschaft ändern. Für das Jahr 1990 ist allerdings noch kaum mit Veränderungen in der Produktionsstruktur der Landwirtschaft zu rechnen. In der Pflanzenproduktion ist ein Anstieg der Produktion von Obst und Gemüse durch Private wahrscheinlich. Die Produzenten von Getreide werden 1990 auf die neuen Bedingungen noch kaum reagieren. Die Fleischproduktion dürfte infolge des Subventionsabbaus in der zweiten Hälfte 1990 stagnieren oder abnehmen.

Zdenek Lukas

Erste Reformschritte und Schuldenmoratorium als Reaktion auf Wirtschaftskrise in Bulgarien

Nach dem Sturz von Parteichef Živkov im November 1989 gestand die neue reformkommunistische Führung

auch die von der offiziellen Statistik kaschierte Wirtschaftskrise ein. Die Wachstumsrate des produzierten Nationalproduktes wurde für 1988 von 6,2% auf 2,4% korrigiert. Für 1989 wird ein Rückgang um 0,4% berichtet. Die Wirkung der angehäuften Struktur- und Systemschwächen verschärfte 1989 den Mangel an Energie und Rohstoffen, aber auch an Arbeitskräften. Als Folge der jahrelangen Zwangssamialisierungspolitik setzte im Mai ein Exodus von mehr als 330 000 Angehörigen der türkischen Minderheit ein, von denen mittlerweile etwa ein Drittel wieder zurückgekehrt sein soll.

Die Industrieproduktion stagnierte im Jahr 1989 — die berichtete Zunahme der Bruttoproduktion um 1,1%

liegt im Bereich möglicher Preisbereinigungsfehler. Wie erstmals im Vorjahr entwickelte sich die Produktion von Verbrauchsgütern besser (+2,8%) als jene von Produktionsmitteln (-1,1%), auf die rund zwei Drittel der Industrieproduktion entfallen. Es gab keine Anzeichen für eine Einschränkung des spezifischen Materialverbrauchs — bei sinkender oder

Im Zuge der im November 1989 einsetzenden Demokratisierung wurde auch die krisenhafte Wirtschaftslage offengelegt, die der Massenexodus ethnischer Türken noch verschärfte. Für 1990 sind erste Schritte in Richtung marktwirtschaftlicher Reformen und Wirtschaftsstabilisierung vorgesehen — sie werden vom Ergebnis der freien Wahlen und der Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Kreditgebern beeinflußt sein.

stagnierender Produktion und rückläufigen Importen (in erster Linie aus der UdSSR) spannte sich die Versorgung mit Energie, mineralischen Rohstoffen und Metallen an. Im Winter 1989/90 wurde der Energieverbrauch neuerlich rationiert.

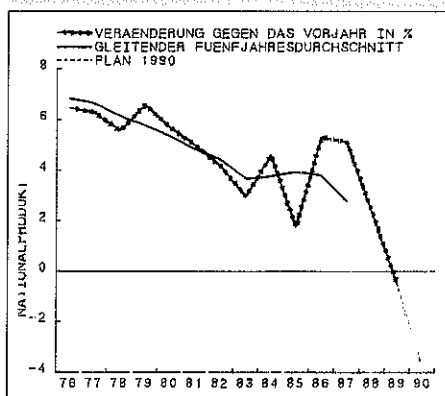
Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Bulgariens

Übersicht 8

	1986	1987	1988	Plan 1989	Ist ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 5.3	+ 5.1	+ 2.4	+ 6.2	- 0.4
Verwendet	+ 8.4	+ 0.4	+ 3.7		
Industrie ²⁾					
Bruttoproduktion	+ 3.9	+ 3.8	+ 5.2		+ 1.1
Beschäftigte	+ 1.3	+ 1.1	+ 0.9		
Arbeitsproduktivität	+ 2.6	+ 2.7	+ 4.3		
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 11.7	- 5.1	+ 0.1	+ 8.9 ³⁾	- 0.4
Pflanzenbau	+ 22.6	- 8.8	- 0.3		
Tierhaltung	+ 3.7	- 1.9	+ 0.4		
Brutto-Anlageinvestitionen ⁴⁾	+ 7.8	+ 7.3	+ 2.4		- 7.7
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 7.2	+ 4.1	+ 3.2		+ 0.4
Real	+ 3.5	+ 4.0	+ 1.9		- 5.5 ⁵⁾
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 5.2	+ 4.3	+ 7.6		+ 5.3
Real	+ 1.0	+ 3.9	+ 5.5		- 0.8 ⁶⁾
Realeinkommen pro Kopf	+ 2.8	+ 4.0	+ 3.3	+ 4.0 ³⁾	- 2.4
Staatliche Einzelhandelspreise	+ 3.5	+ 0.1	+ 1.2		+ 6.2 ⁷⁾
Exporte ⁸⁾					
Insgesamt	- 2.8	+ 3.4	+ 4.5		- 6.3
In die westlichen Industrieländer ²⁾	- 20.8	+ 1.1	- 1.1		+ 6.0
Importe ⁴⁾					
Insgesamt	+ 2.0	- 2.0	- 1.0		- 9.9
Aus den westlichen Industrieländern ⁸⁾	+ 3.2	- 2.7	- 0.0		- 0.6

¹⁾ Vorläufig; aufgrund geänderter statistischer Praxis sind die (verlässlicheren) Daten für 1989 mit den Vorjahren nicht unmittelbar vergleichbar. — ²⁾ Sozialistische Industrien. — ³⁾ Minimum. — ⁴⁾ Laufende Preise — ⁵⁾ Errechnet — ⁶⁾ Realeinkommen insgesamt — ⁷⁾ Einzelhandelspreise insgesamt — ⁸⁾ Valuta-Lewa-Basis

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 3* in Bulgarien



Die *Landwirtschaft* war in den achtziger Jahren in eine tiefe Krise geraten und wurde 1989 von dem Verlust an Arbeitskräften besonders getroffen. Bei einem Produktionsrückgang um insgesamt 0,4% waren in einigen Sparten der Pflanzenproduktion (z. B. im arbeitsintensiven Weinbau und in der Tabakproduktion, in der ethnische Türken traditionell große Bedeutung haben) hohe Ausfälle zu verzeichnen. Gleichfalls stark beeinträchtigt war die Tierwirtschaft: Trotz Gegenmaßnahmen im September sanken die Bestände an Rindern und Schafen weiter, auch Geflügel wurde weniger gehalten als im Vorjahr. Dementsprechend nahmen die produzierten Mengen an Milch, Eiern und Wolle ab. Die Fleischproduktion erhöhte sich um 3,1%, die Getreidernte fiel mit fast 9,8 Mill. t gut aus.

Die *Brutto-Anlageinvestitionen* (zu laufenden Preisen) blieben um 7,7% unter dem Vorjahreswert; die Abnahme der Bauleistungen um 3,2% bedingt durch den Mangel an Baustoffen und Arbeitskraft weist auf einen starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hin. Durch eskalierende Verzögerungen schnellten die in nicht fertiggestellten — also keinen Output liefernden — Projekten gebundenen Mittel auf mehr als 14,5 Mrd. Lewa hinauf und bilden eine bedeutende Inflationsquelle. Der ohnehin niedrige Anteil der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und der Leichtindustrie an den Industrieinvestitionen ging weiter zurück.

Während die offizielle Statistik für die letzten Jahre Preisstabilität auswies, wird nun in Bulgarien die jährliche Inflationsrate für 1985/1989 auf 11% geschätzt, die für 1989 erstmals berichtete Inflationsrate von 6,2%

dürfte die tatsächliche Preissteigerung immer noch unterschätzen. Der *Lebensstandard* sank 1989 mit einem Rückgang des Pro-Kopf-Realeinkommens um 2,4% neuerlich, bereits 38% der Haushalte sollen unter oder nahe dem Existenzminimum leben. Bedingt vor allem durch Produktionsausfälle traten zunehmend Versorgungslücken auf, darunter selbst an Grundnahrungsmitteln und Heizmaterial. Angesichts eines Lohnwachstums von 5,3% und stagnierender Einzelhandelsumsätze (jeweils nominell) wird der weiter erhöhte Kaufkraftüberhang in der Bevölkerung auf etwa 25 Mrd. Lewa geschätzt (zum Vergleich: Netto-Materialprodukt 1989 30 Mrd. Lewa).

Weil die Importe nominell stärker sanken als die Exporte, verdoppelte sich der *Handelsbilanzüberschuß* 1989 auf 955 Mill. Valuta-Lewa. Ausschlaggebend war einmal mehr der Handel mit der UdSSR; Bulgarien zahlte die niedrig verzinsten Handelskredite bei günstiger Entwicklung der Terms of Trade — und vermutlich auf Drängen der UdSSR — in kurzer Zeit zurück. Der Einbruch im Handel mit den Entwicklungsländern könnte auf einem Abgehen von kreditfinanzierten Exporten an wenig zahlungsfähige Länder beruhen — 1989 fiel erstmals ein Handelsbilanzdefizit an. Zwar nahmen die Exporte in die westlichen Industrieländer auf Dollarbasis um 4,8% zu, und die entsprechenden Importe gingen erstmals etwas zurück (−1,9%), doch war das nur marginal verringerte Handelsbilanzdefizit von 1,37 Mrd. \$ eine Hauptursache für den weiteren Anstieg der Hartwährungsverschuldung auf den kritischen Wert von 10,8 Mrd. \$ brutto. Ende März 1990 erklärte Bulgarien einseitig die Einstellung der Kreditrückzahlungen an westliche Banken.

In Bulgarien ist nicht auszuschließen, daß die derzeit regierende Kommunistische (seit der Namensänderung im April 1990 „Sozialistische“) Partei auch nach den Wahlen im Juni die Politik entscheidend mitgestalten könnte. Auch sie — intern polarisiert, aber nach außen bislang intakt — befürwortet mittlerweile den *Übergang zu einer Marktwirtschaft*, und dies in Etappen und mit Absicherung der sozial schwächsten Gruppen. Erste partielle Reformschritte betreffen vor allem die vorrangigen Bereiche Agrar-

sektor und Tourismus, einige Preisfreigaben und eine Abwertung des Lewa in Privattransaktionen. Das Budget für 1990 ist als ein *erster Schritt in Richtung Stabilisierung* zu sehen — es wird mit einem Rückgang des produzierten Nationalproduktes um 3,7% gerechnet. Sollte sich die politische Lage nicht destabilisieren, dann wird die künftige Wirtschafts- und Reformpolitik auch von den jüngsten Bemühungen um verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen (GATT, Weltbank, Währungsfonds, OECD, EG), um westliche Wirtschaftshilfe und Direktinvestitionen und von *Umschuldungsverhandlungen* mit westlichen Kreditgebern beeinflusst sein.

Ilse Grosser

Westlicher Außenhandel kann Übergang zur Marktwirtschaft in der ČSFR erleichtern

In der ČSFR verlangsamte sich das Wachstum des produzierten *Nationaleinkommens* im Jahr 1989 auf 1,7%. Die offiziell gemeldete Inflationsrate lag unter 2%; mit Rücksicht

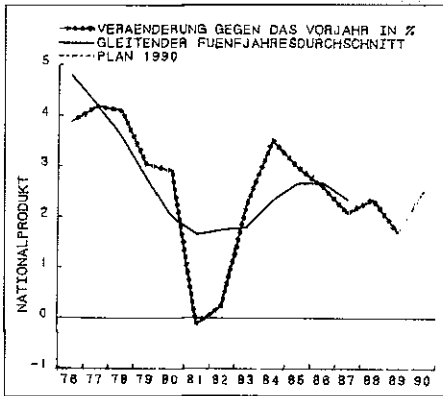
Während sich das Wirtschaftswachstum verlangsamte, wurde der Außenhandel mit westlichen Ländern erheblich intensiviert. Nach der politischen Veränderung ist der Weg für Reformen frei. Wie rasch der Übergang vollzogen werden kann, bleibt offen.

auf die versteckte Inflation muß allerdings eine Rate von 4% bis 5% angenommen werden. Eine Stagnation oder sogar ein Schrumpfen der Wirtschaft ist daher wahrscheinlich.

Die *Bruttoproduktion der Industrie* stieg offiziell um 1% (zu konstanten Preisen). Während die Produktion in der Grundstoffindustrie stagnierte (+0,2%), nahm sie in den anderen Branchen um 1,6% zu. Der höchste Anstieg ist in der Glas- Porzellan- und Keramikindustrie zu verzeichnen (+6,4%). Der leichte Rückgang im „allgemeinen Maschinenbau“ (Lkw, Pkw, Traktoren, Drehmaschinen, Waffen u. ä.) um 0,9% ist vor allem auf die Drosselung der Waffenproduktion zurückzuführen.

Obwohl auch der Winter 1988/89 sehr mild war, stieg der *Strom- und Wärmeverbrauch* rascher als die Indu-

Wirtschaftsentwicklung Abbildung 4 in der ČSFR



strieherzeugung Die Kernkraftwerke erzeugten um 5,5%, die kalorischen Kraftwerke um 1,8% mehr Strom als im Vorjahr. Damit erhöhte sich der Anteil der Kernkraftwerke an der gesamten Stromerzeugung auf rund 27%.

Die *Bauwirtschaft* produzierte 1989 um 1,7% mehr als 1988. Obwohl insgesamt mehr als 88.000 Wohnungen fertiggestellt wurden (+6,4%), blieb diese Zahl um 10% unter dem Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1985.

Die *Landwirtschaft* erzielte gemessen am Volumen relativ gute Ergebnisse; sie erhält allerdings auch den höchsten Anteil an Subventionen (mehr als 30 Mrd Kcs oder rund 10% der Ausgaben des Staatsbudgets) unter allen Wirtschaftssektoren. Die kontinuierlich zunehmende Nachfrage nach Fleisch bedingte eine rasche Steigerung der Fleischproduktion. Deswegen mußte – trotz guter Getreidernten – in den letzten Jahren immer mehr Futtergetreide importiert werden (1987 0,3 Mill t, 1988 0,7, 1989 rund 1 Mill t).

Ein großer Teil der ökonomischen Ungleichgewichte ist auf den ineffizienten Investitionseinsatz zurückzuführen. Nach dem von der früheren Regierung 1989 verabschiedeten Investitionsmoratorium hat sich die Zahl der Investitionsprojekte verringert. Die *Bruttoinvestitionen* wuchsen zu laufenden Preisen um 2,1%; real ist ein Rückgang anzunehmen. Der Anteil an Investitionen in die „nichtproduktive Sphäre“ (27,8%) ist zu niedrig um den Bedarf insbesondere im Gesundheits-, Wohnungs- und Schulwesen zu decken.

Die *Geldeinkommen der Bevölkerung* stiegen 1988 um 3,3%, die Einzelhandelsumsätze um 3,7% (zu lau-

fenden Preisen). Berücksichtigt man eine realistische Inflationsrate von etwa 4% bis 5%, so dürfte der private Konsum real stagniert haben oder leicht gesunken sein (nominal +3,5%).

1988 war das *Staatsbudget* weitgehend ausgeglichen gewesen (laut Finanzminister Klaus waren allerdings einige Budgetpositionen in der Vergangenheit verschleiert), 1989 wies es ein Defizit von 7 bis 8 Mrd Kcs auf (rund 1% des Brutto-Nationaleinkommens).

Der *Handelsbilanzüberschuß* hat sich 1989 um etwa 1,5 Mrd auf rund 2,5 Mrd Devisenkronen verringert. Die Exporte übertrafen das Vorjahresniveau um 1,7%, die Importe um 2,5%. Auch 1989 haben sich die *Terms of Trade* – mit der Verbilligung importierter Energieträger und Rohstoffe – verbessert. Die Exporte in die nichtsozialistischen Länder stiegen stark (+13,6%), insbesondere die Ausfuhr von metallurgischen Produkten und Lebensmitteln nahm zu. Die Importe aus den nichtsozialistischen Ländern wuchsen um 6,1%; Maschinen hatten am gesamten Import aus

dem Westen einen Anteil von 48,7%. Die *Netto-Hartwährungsverschuldung* erhöhte sich um rund 1 Mrd \$ auf etwa 6 Mrd \$ (Ende 1989). Nachdem Ende 1988 das neue Gesetz über Joint Ventures verabschiedet worden war, nahm 1989 die Zahl der in der ČSFR angesiedelten Joint Ventures um etwa 40 auf rund 50 zu.

Die *politischen Veränderungen im November 1989* ebneten den Weg für eine neue Wirtschaftspolitik. Diese geht davon aus, daß eine funktionierende Marktwirtschaft ohne Dezentralisierung der Entscheidungsfindung, ohne die Abschaffung von Produktionsmonopolen und freien Marktzugang von Privatpersonen sowie ohne Marktpreise unmöglich ist. Eine wichtige Voraussetzung für den *Übergang zur Marktwirtschaft* besteht in der neuen Gesetzgebung, die den Privatsektor gleichstellen soll. Mit Wirkung vom 1. Mai 1990 traten einige wichtige Wirtschaftsgesetze in Kraft, von denen insbesondere Gesetze über private Unternehmen, über Aktiengesellschaften und über Staatsunternehmen zu nennen sind. Vor den Wahlen (8 Juni 1990) kann allerdings mit an-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der ČSFR

Übersicht 9

	1987	1988	1989 Plan	1990 Ist ¹⁾	1990 Plan ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Nationalprodukt					
Produziert	+ 24	+ 2,8	+ 1,8 ²⁾	+ 17	+ 25
Verwendet	+ 30	+ 24			
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 25	+ 21	+ 2,0	+ 10	
Beschäftigte	+ 01	+ 03		- 07	
Arbeitsproduktivität	+ 24	+ 18		+ 17	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 09	+ 29	+ 0,3	+ 11	
Pflanzenbau	+ 18	+ 40		+ 02	
Tierhaltung	+ 03	+ 21		+ 17	
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 44	+ 41	- 32	+ 21	- 41
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 30	+ 49	- 09	+ 37	+ 21
Real	+ 28	+ 48		+ 23	
Privater Konsum	+ 28	+ 48	+ 02	+ 35	+ 17
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 20	+ 23		+ 24	
Real	+ 19	+ 21		+ 10	
Geldeinkommen der Bevölkerung					
Nominell	+ 33	+ 43	+ 14	+ 33	
Real	+ 32	+ 41		+ 19	+ 22
Einzelhandelspreise	+ 01	+ 02		+ 14	
Wohnbau in 1.000 Einheiten	796	829		882	997
Exporte					
Insgesamt	+ 34	+ 5,5		+ 17	
In die westlichen Industrieländer	+ 25	+ 10,5		+ 13,6 ³⁾	
Importe					
Insgesamt	+ 14	+ 1,5		+ 2,5	
Aus den westlichen Industrieländern	+ 85	+ 6,8		+ 6,1 ³⁾	

¹⁾ Vorläufig – ²⁾ Schätzung – ³⁾ Nichtsozialistische Länder

deren wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht gerechnet werden. Über Preisreform und Liberalisierung liegen der Regierung zwei Grundkonzepte vor (unterschiedliches Tempo der Preisfreigabe), über die noch nicht entschieden wurde. Auch die Geld- und Fiskalpolitik sowie die Wirtschaftsstruktur sollen grundsätzlich geändert werden. Um die zu erwartenden sozialen Spannungen zu mildern, muß das gesamte Sozialsystem neu gestaltet werden. Die Volkswirtschaft der CSFR soll sich gegenüber dem Westen öffnen. Über das Tempo und andere konkrete Aspekte der Wirtschaftsreform gibt es allerdings weder in der derzeitigen Regierung noch in der Öffentlichkeit Übereinstimmung.

Die Strukturschwächen der Volkswirtschaft werden sich auch 1990 voraussichtlich in sinkender Produktion und steigender Inflation auswirken. Überdies sollte nach Absicht der Übergangsregierung die Produktion der Grundstoffindustrie gedrosselt werden. Deswegen erwartet das IILW für 1990 einen Rückgang des Nationaleinkommens und steigende Arbeitslosigkeit. Das Staatsbudget soll das Jahr 1990 mit einem Überschuß von 5 Mrd Kcs abschließen. Eine weitere erhebliche Zunahme im Handel mit dem Westen ist zu erwarten.

Zdenek Lukas

Währungsunion kommt DDR teuer zu stehen

Der Umbruch in der DDR ist durch den schleichenden ökonomischen Verfall und durch den frischen Wind der politischen und ökonomischen Umgestaltung (Perestrojka) in der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern erzwungen worden. Die massive Auswanderungswelle — 1989 sind 385 000 und in den ersten drei Monaten 1990 rund 140 000 Bürger emigriert — hat die wirtschaftliche Stabilität der DDR ernsthaft untergraben. Da der Exodus erst in der zweiten Jahreshälfte 1989 (über Ungarn) einsetzte und sich nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November verstärkte, zeigen die Wirtschaftszahlen für das Jahr 1989 noch nicht das gesamte Ausmaß der Destabilisierung.

Das Nationalprodukt der DDR wuchs im Jahr 1989 um 1,9% die In-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der DDR

Übersicht 10

	1986	1987	1988	Ist 1989	Plan
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 43	+ 36	+ 28	+ 19	+ 40
Verwendet	+ 43	+ 36	+ 34		
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 37	+ 31	+ 31	+ 25	+ 35
Beschäftigte	- 03	- 04	+ 03	- 03	
Arbeitsproduktivität	+ 40	+ 35	+ 28	+ 57 ¹⁾	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 00	- 07	- 29	+ 1 bis + 2 ¹⁾	+ 4 ¹⁾
Pflanzenbau	- 30	- 08	- 63	+ 24	+ 10 ¹⁾
Tierhaltung	+ 21	- 07	+ 00	+ 1 bis + 2	+ 0 ¹⁾
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 53	+ 80	+ 82		rund + 2
Einzelhandelsumsätze ²⁾					
Nominell	+ 41	+ 36	+ 39	+ 35	+ 40
Privater Konsum	+ 45	+ 33	+ 37		
Öffentlicher Konsum	+ 49	+ 57	+ 29		
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ²⁾					
Nominell	+ 34	+ 54	+ 29		
Geldeinkommen der Bevölkerung ²⁾	+ 56	+ 47	+ 39	+ 30	+ 35
Exporte, nominell ²⁾					
Insgesamt (VM-Basis)	- 21	- 17	+ 03		+ 43
In die OECD ³⁾ (Dollar-Basis)	+ 7,3	+ 48	+ 64	+ 12	
In die BRD ³⁾ (DM-Basis)	- 10,4	- 28	+ 30	+ 61	
Importe, nominell ²⁾					
Insgesamt (VM-Basis)	+ 4,3	- 42	+ 06		+ 29
Aus der OECD ³⁾ (Dollar-Basis)	+ 28,4	+ 29,9	+ 10,6	+ 6,9	
Aus der BRD ³⁾ (DM-Basis)	- 5,7	- 12	- 0,9	+ 12,0	

¹⁾ Schätzung — ²⁾ Zu laufenden Preisen — ³⁾ Ohne BRD Jänner bis September — ⁴⁾ Partnerland-Statistiken

dustrieproduktion sogar um 2,5%. Für die Produktion der Landwirtschaft errechnet sich trotz schlechter Ernteergebnisse eine Zunahme von 1% bis 2%, nachdem die Futtermittelimporte beträchtlich erhöht worden sind. Der

westlichen Banken, die noch Mitte 1989 9,6 Mrd \$ betragen haben, sollen mittlerweile weitgehend aufgebraucht sein.

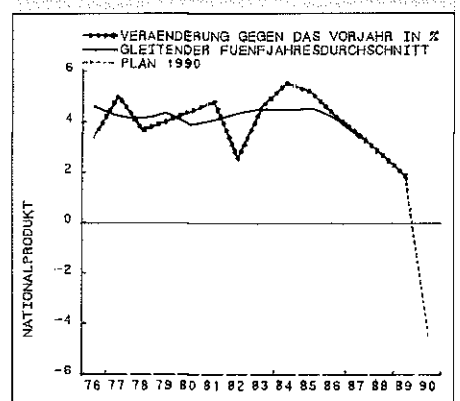
Die Versorgungslage war bis vor kurzem durch die Unsicherheit über den künftigen Wert des Geldes geprägt: DDR-Bürger versuchten, in die — kaum vorhandenen — Sachwerte zu flüchten. Der Ansturm von Millionen Besuchern aus dem Westen zwang die Behörden, ihre „Staatsreserven“ an Lebensmitteln auf den Markt zu werfen. Die Versorgung war durch massive Abwanderung ernsthaft gestört.

Der Ausgang der Wahlen in der DDR hat gezeigt, daß die Mehrheit der

Die geplante Währungsunion zwischen der BRD und der DDR mit einem Umtauschkurs von 1 : 1 könnte den Umsiedlerstrom eindämmen, führt aber in der Tendenz zu einer Überbewertung der Wirtschaftsaktivitäten und damit zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR. Dieser Nachteil kann nur durch massive und marktkonforme Transfers aus der BRD ausgeglichen werden.

Westhandel erbrachte nach kräftigen Import- und mäßigen Exportsteigerungen ein Minus von 1 Mrd \$. Die Lieferungen in die BRD stiegen um nur 6%, während die Bezüge um 12% zunahm. Schwach expandierte hingegen der Handel mit den übrigen OECD-Ländern. Im Handel mit den sozialistischen Ländern erzielte die DDR einen Überschuß. Eine endgültige Klärung der Hartwährungsverschuldung liegt immer noch nicht vor. Die Bruttoverschuldung wird auf über 20 Mrd \$ beziffert, die Bestände bei

Wirtschaftsentwicklung in der DDR



Bevölkerung den Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Misere in der raschen Einführung der Deutschen Mark sieht, die für den 2. Juli 1990 vorgesehen ist. Versprechungen dieser Art hatten wahlaktische Gründe. Die Kosten und Konsequenzen dieser Politik sind indes noch keineswegs absehbar. Die beiden deutschen Staaten — bzw. das vereinigte Deutschland — stehen vor folgendem Zielkonflikt

- 1 Um die Abwanderung zu stoppen, muß in der DDR ein Lebensstandard gesichert werden, der von dem in der BRD nicht allzu weit entfernt ist. Zu bedenken ist, daß die Bevölkerungsdichte in der DDR zwar um etliches geringer, aber die Lebensqualität für den Durchschnitt der DDR-Bürger deutlich niedriger ist
- 2 Für die Rekonstruktion der Wirtschaft der DDR sind enorme Investitionen erforderlich. Man spricht von Beträgen zwischen 1 000 und 2 000 Mrd DM, die innerhalb der nächsten zehn bis zwanzig Jahre zu investieren sind

Während die Abwanderung nur durch eine Erhöhung des realen Lohnniveaus und die Anhebung der Pensionen gebremst werden kann, würde die Rekonstruktion der ostdeutschen Wirtschaft eine drastische Senkung des privaten Konsums in der DDR erfordern. Der Zielkonflikt dürfte nur durch massive staatliche Transfers aus der BRD in die DDR zu lösen sein, die

- den Konsum der Bevölkerung in der DDR absichern,
- Kosten von Umschulung und Arbeitslosigkeit sowie Anschubfinanzierungen für den Staatshaushalt tragen,
- die Investitionen privater Vermögensbesitzer in der DDR fördern und vor allem
- massive Investitionen der öffentlichen Hand im sträflich vernachlässigten Infrastrukturbereich, in den Umweltschutz und den Wohnungsbau finanzieren oder fördern

Die Erwartung, daß privates Kapital in ausreichendem Umfang in das Wirtschaftsgebiet der DDR einströmen würde, ist angesichts des an der Produktivität gemessenen relativ hohen Lohnniveaus und der massiven Sanierungserfordernisse in der DDR unrea-

listisch, da auch mit einem Ansteigen der Zinssätze auf dem Geldmarkt zu rechnen ist. Mit der beabsichtigten Übernahme der DM als Währung der DDR begeben sich die beiden deutschen Staaten — oder ein vereinigter deutscher Staat — des Instruments des Wechselkurses zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Unterschiede in einer Übergangsperiode. Bei gleicher Währung herrscht das Gesetz einheitlicher oder einigermaßen einheitlicher Löhne und Preise. Die durch die Entwicklungsunterschiede drohende regionale Schiefelage kann nur mit massiven Eingriffen und Umverteilungsmaßnahmen der öffentlichen Hand ausgeglichen werden. Das wiederum kann den Übergang der DDR von der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft erschweren. Repräsentanten der westdeutschen Industrie erwarten in den nächsten Jahren einen Boom für die Industrie der DDR: Die Produktion der Maschinenbauindustrie könnte sich in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Solche optimistischen Voraussagen scheinen aber nur realistisch, wenn die durch die Einführung der DM überbewerteten Leistungen des Wirtschaftsgebietes der DDR durch marktkonforme Umverteilungsmaßnahmen kompensiert werden

Raimund Dietz

Hyperinflation bedroht Reformprozeß in Polen

1989 war die Produktion aller Sektoren — mit Ausnahme der Landwirtschaft — verglichen mit dem Vorjahr rückläufig. Das Nationaleinkommen sowie das erstmals berichtete Bruttoinlandsprodukt stagnierten real. Während die staatliche Wirtschaft unter Arbeitskräfteschwund (–4%) und Materialmangel litt, prosperierten nach dem Abbau verschiedener Beschränkungen Anfang 1989 Handwerk, Kleinindustrie sowie Handel und Dienstleistungen im privaten Bereich. Hier wuchs die Beschäftigung um 27% auf 1,5 Mill. Personen. In der Industrie erhöhte sich der Anteil des privaten Sektors von 4% auf 5%. Die Produktionsverluste im staatlichen Sektor konnten dadurch aber (noch) nicht ausgeglichen werden. Insgesamt wuchs die Zahl der Unternehmen in Polen 1989 um knapp 300 000 — davon allein 280 000 Einpersonen-

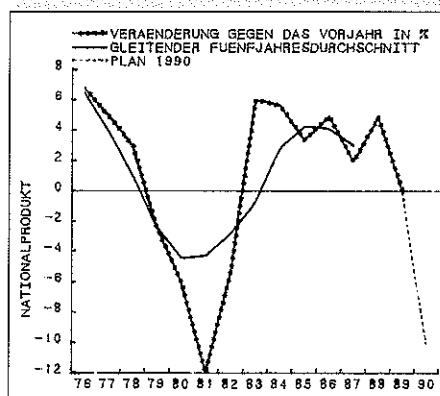
firmen — auf 800 000. Die Zahl der Joint Ventures mit ausländischen Teilhabern wuchs um 345 auf 410. Die Landwirtschaft verzeichnete 1989 mit rund 29 Mill. t Getreide (+10%) ihre bisher beste Ernte. Allerdings nahm die Produktion tierischer Erzeugnisse ab. Dieser Rückgang wurde durch die Verschlechterung der Terms of Trade der Landwirtschaft mit den übrigen

Die Entscheidung der neuen Regierung für eine drastische Dämpfung der effektiven Nachfrage kann bei noch unvollkommenen Marktstrukturen zu einer gefährlichen Rezession, zur Entmutigung gerade aufkeimender Privatinitiative und zur Stagnation der Wirtschaft auf niedrigem Niveau führen.

Sektoren der Wirtschaft verursacht: Am 1. August 1989 fiel zwar die Preisbindung für landwirtschaftliche Produkte, die Preise der Produktionsmittel für die Tierzucht stiegen aber viel stärker und machten die Tierhaltung unrentabel.

Bei rückläufiger oder bestenfalls stagnierender Produktion stieg die inländische Nachfrage. Gegen Ende des Jahres begann indes die Nachfrage zu sinken — ein durchaus bemerkenswerter Erfolg der im September gebildeten (ersten nicht-kommunistischen) Regierung von Mazowiecki. Im Jahresdurchschnitt stieg die Nachfrage der privaten Haushalte besonders stark. Die Wachstumsrate der Nominaleinkommen übertraf die des realen Angebotes an Konsumgütern (staatlicher Einzelhandelsumsatz –4%) und der Konsumgüterpreise weit (+244%). Im Dezember 1989 betrug die Inflationsrate im Vorjahresver-

Wirtschaftsentwicklung Abbildung 6 in Polen



Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung
Polens

Übersicht 11

	1987	1988	1989		1990 Prognose
			Ist	Plan	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt ¹⁾					
Produziert	+ 19	+ 45	± 00	+ 42	-10 bis -20
Verwendet	+ 18	+ 47	± 00	+ 48	
Industrie ²⁾					
Bruttoproduktion	+ 32 ³⁾	²⁾ + 5,3 ³⁾	- 20	+ 42	-15
Beschäftigung	- 07	- 18	- 40		
Arbeitsproduktivität	+ 39	+ 66	+ 12		
Bauwirtschaft ⁴⁾					
Bruttoproduktion	+ 04	+ 60	- 20		
Beschäftigung	- 12	- 23			
Fertiggestellte Wohnungen	+ 27	- 34	- 270	+ 51	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 23	+ 12	+ 20	+ 28	
Pflanzenbau	- 20	- 03	+ 40	+ 43	
Tierhaltung	- 27	+ 32	- 10	+ 09	
Brutto-Anlageinvestitionen					
Real	+ 42	+ 54	- 20	+ 5 bis -5,5	
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+297	+661	+2268		
Real	+ 40	+ 30	- 50	+ 60	
Durchschnittliche Monatslöhne ⁵⁾					
Nominell	+21,3	+77,5	+286,0		
Real	- 40	+11,0	+ 12,2		
Geldeinkommen der Bevölkerung					
Nominell	+26,8	+83,1	+265,0	+66,9	
Konsumgüterpreise	+25,3	+61,3	+244,0	+55,0	
Exporte (zu laufenden Preisen) ⁴⁾					
In konvertibler Währung					
(Dollar)	+ 87	+17,4	+ 1,8	+ 9,5	
In die westlichen Industrieländer	+24,1	+21,1 ⁵⁾	+ 3,2		
In nicht konvertibler Währung					
(Rubel)	+ 60	+ 9,1	+ 1,7		
Importe (zu laufenden Preisen) ⁴⁾					
In konvertibler Währung					
(Dollar)	+ 7,5	+23,9	+ 9,1	+ 9,1	
Aus den westlichen Industrieländern	+16,5	+25,0 ⁵⁾	+ 10,8		
In nicht konvertibler Währung					
(Rubel)	+ 10	- 13	- 6,9		

¹⁾ Netto - ²⁾ Sozialistischer Sektor - ³⁾ Industrielle Verkäufe - ⁴⁾ fob - ⁵⁾ Eigene Schätzung

gleich sogar 640%. Die Freigabe der Lebensmittelpreise im August zog einen starken Anstieg der monatlichen Inflationsrate auf durchschnittlich rund 40% nach sich, dadurch verringerten sich die Reallöhne im letzten Quartal

Die Inflation wurde durch die Ausweitung des Defizits im Staatsbudget auf rund 6% des Netto-Materialproduktes gespeist. Einerseits expandierten die Preissubventionen, andererseits kam es zu Ausfällen an Steuereinnahmen, da die Zahlungsmoral der Staatsunternehmen nachließ. Finanziert wurde das Defizit automatisch durch zinsenlosen Nationalbankkredit. Die Versuche der Nationalbank, durch restriktive Kreditpolitik wenigstens gegenüber den Unternehmen das Geldangebot zu kontrollieren, scheiterten daran, daß die Unternehmen häufig nicht nur ihre Steuerschuld, sondern auch Lieferantenrechnungen nicht bezahlten. „Er-

zwungene Lieferantenkredite“ dienten den Unternehmen dazu, sowohl die reale Belastung aus der hohen monatlichen Inflationsrate zu senken als auch später „ordentliche“ Bankkredite zu erpressen

Nur der Investitionssektor berichtete eine real rückläufige Nachfrage (-2%), obwohl nach der ersten Jahreshälfte die Wachstumsrate der Investitionen noch bei rund 10% gelegen war (höher als im 1. Halbjahr 1988). Die Kürzung zentraler Investitionen zeitigte hier Wirkung

Das Wachstum des Außenhandels schwächte sich erheblich ab. Der Überschuß in der Hartwährungsverrechnung nahm - trotz Verbesserung der Terms of Trade um 1,3% - auf 740 Mill. \$ ab. Real dürften die Westexporte stagniert haben (nominell in Dollar rund +3%), sodaß bei guter Konjunktur in der OECD weitere Marktanteile verlorengingen. Verantwortlich dafür waren sowohl die

Einschränkung von Rohstofflieferungen (z. B. Steinkohle -8%) als auch die sinkende Attraktivität des Exports gegenüber Inlandsverkäufen für die Unternehmen, die durch die zögernde Abwertungspolitik der Nationalbank in den ersten drei Quartalen verursacht wurde. In diesem Zeitraum wertete der Zloty trotz hoher Inflation gegenüber dem Dollar real auf Erst das IV Quartal brachte eine drastische Abwertung. Während das Leistungsbilanzdefizit 1988 nur 560 Mill. \$ betragen hatte, erreichte es 1989 1,9 Mrd. \$. Sieht man vom verringerten Handelsbilanzüberschuß ab, so waren dafür vor allem Zinszahlungen in der Höhe von 3,1 Mrd. \$ maßgebend. Allerdings zahlte Polen nur 35% der fälligen Zinsen und - nach Umschuldung - 16% der fälligen Kreditraten. Dadurch stieg die Bruttoverschuldung Ende 1989 auf 41,4, die Nettoverschuldung auf 37,6 Mrd. \$. Die in Rubel verrechneten Exporte wuchsen nominell nur wenig, während die Importe stark abnahmen. Hier verhinderte die Verbesserung der Terms of Trade (+3,7%) durch weiter rückläufige Erdölpreise eine Erosion des Handelsbilanzüberschusses. Dieser erhöhte sich vielmehr um 950 Mill. auf knapp 2 Mrd. Rubel. Trotz der Verschuldung Polens von 5,8 Mrd. Rubel ist dies eine unerwünschte Entwicklung

Am 1. Jänner 1990 startete die neue Regierung ein radikales Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Einführung der Marktwirtschaft. Es basiert fast ausschließlich auf der Einschränkung der effektiven Nachfrage: Die Realeinkommen sollen drastisch gekürzt werden, im Außenhandel soll ein Defizit erreicht werden, und der Staatshaushalt soll mit einem Überschuß abschließen. Zentraler Punkt der Konsolidierung des Staatsbudgets sind die Verringerung der Subventionen und die Erhöhung der Steuereinnahmen. Die Ergebnisse der ersten Monate 1990 signalisieren eine fast vollständige Liquidierung des monetären Überhangs und der Hyperinflation; sie lassen aber auch befürchten, daß die Nachfrage wesentlich stärker als ursprünglich erwartet sinken wird und daß in der Folge das Brutto-Inlandsprodukt 1990 um 20% bis 25%, die Realeinkommen um 30% geringer sein werden als 1989 und die Zahl der Arbeits-

losen 1,8 Mill. beträgt (15% der in einem Arbeitsverhältnis Stehenden) Die Hoffnung, daß marktwirtschaftliche Strukturen in kurzer Frist hergestellt werden und Strukturveränderungen nach sich ziehen können erscheint zu optimistisch Bedenklich ist besonders daß die Erhöhung der Einkommensteuerlast aus rein fiskalpolitischen Erwägungen den noch jungen Privatsektor zu ersticken droht

Hubert Gabrisch

Rumänien: Neubeginn mit vielen Unsicherheiten

Im Gegensatz zu den anderen Ländern Osteuropas war das revolutionäre Jahr 1989 in Rumänien durch blutige Auseinandersetzungen und durch Hunderte Tote gekennzeichnet Die neue Führung war von Beginn an

Der Wirtschaft Rumäniens brachte die Revolution bisher keine wesentlichen Änderungen. Nur geringfügige Reformansätze im Bereich der Privatwirtschaft und des Außenhandels sind zu erkennen. Die Versorgungslage der Bevölkerung ist weiterhin äußerst angespannt.

sehr zurückhaltend, was politische und wirtschaftliche Maßnahmen betraf. Abgesehen von einigen *Notmaßnahmen* (Exportstopp für Nahrungsmittel, Erhöhung der Konsumgüterimporte usw.) konzentrierte man sich auf die Aufhebung von Dekreten aus der Ceauşescu-Ära: Betroffen waren u. a. das „Dorfsystematisierungsprogramm“ (Dorfzerstörungsprogramm), das Verbot der Kreditaufnahme im Ausland und Restriktionen des Energieverbrauchs der privaten Haushalte. Die Erleichterungen, welche die Notmaßnahmen für die Bevölkerung brachten, währten nicht lange: Bereits Anfang Jänner 1990 mußten Lebensmittel erneut auf unbestimmte Zeit rationiert werden

Seit der Revolution wurden kaum *Wirtschaftsdaten* publiziert, und auch die Veröffentlichung der Planerfüllungsdaten für 1989 steht aus. Genannt wurde bisher nur die Höhe der *Getreideernte* mit 16,9 Mill t (sie war von Ceauşescu mehrfach mit 60 Mill t beziffert worden). Gekennzeichnet war die Wirtschaftsentwicklung des

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens

Übersicht 12

	1986	1987	1988 Ist	1989 ¹⁾ Plan	1990 Plan
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 7,3	+ 4,8	+ 3,2	+ 8 bis + 9	+ 9 bis + 10
Verwendet ²⁾	+ 4,7				
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 7,7	+ 4,5	+ 3,6	+ 6 bis + 7	+ 6 bis + 8
Beschäftigte	+ 0,3	- 0,1	+ 1,5	- 1	
Arbeitsproduktivität	+ 7,4	+ 4,6	+ 2,1	+ 7 bis + 8	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 12,8	+ 2,3	+ 2,9	+ 5 bis + 5,5	+ 6
Pflanzenbau	+ 19,9	- 0,1			
Tierhaltung	+ 2,8	+ 6,2			
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 1,2	+ 0,9	- 1,3	+ 4 bis + 5	+ 12 bis + 13
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 1 bis + 1,5	+ 1 bis + 2
Real	+ 1,4				
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ³⁾	+ 1,3	+ 0,6	+ 3,3	+ 5,6	+ 3
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	+ 0,9				
Wohnbau in 1 000 Einheiten	108	110	104	160	
Exporte					
Insgesamt (in Lei)	- 14,5	+ 8,1	+ 10,5		
In konvertibler Währung	- 10,6	- 2,4 ³⁾			
Importe					
Insgesamt (in Lei)	- 8,2	- 2,3	+ 0,1		
In konvertibler Währung	- 21,2	- 10,9 ³⁾			

¹⁾ Planerfüllungsdaten für 1989 liegen bisher noch nicht vor — ²⁾ Nominell — ³⁾ Jänner bis Juni

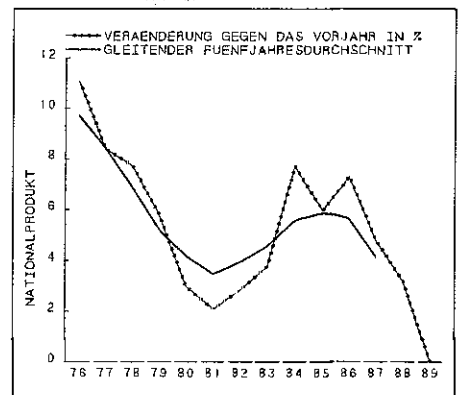
letzten Jahres neuerlich durch eine Politik der rigorosen — und noch beschleunigten — *Schuldenrückzahlung* Nachdem zum Ende des I Quartals 1989 die Auslandsschulden Rumäniens (fast) vollständig zurückgezahlt waren, wurden die Drosselung der Importe und die Forcierung der Exporte beibehalten, um die Devisenreserven wieder aufzustocken Laut Partnerland-Statistiken betragen die *Importe Rumäniens aus der OECD* in den ersten drei Quartalen 1989 825 Mill \$ (das entspricht einem Rückgang von 10,9% gegenüber der gleichen Periode 1988), die Exporte in die OECD 2 955 Mill \$ (-4,1%) Der Überschuß in der Handelsbilanz mit dem Westen war in diesem Zeitraum mit 2 130 Mill \$ nahezu gleich hoch wie in der Vorjahresperiode Insgesamt kann man annehmen, daß die rumänische Wirtschaft im vergangenen Jahr nicht expandierte und daß die *Investitionstätigkeit*, die schon bisher sehr unter der Austeritätspolitik gelitten hatte, weiter abnahm.

Die *Auslandsschulden* haben sich seit der Verkündung der Schuldenliquidierung im April 1989 kaum verändert Nach Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich betragen die Verbindlichkeiten Rumäniens gegenüber den berichtenden Banken im September 1989 333 Mill \$, die Guthaben machten

1 454 Mill \$ aus; daraus ergibt sich eine Netto-Gläubigerposition von 1 121 Mill. \$. Trotz der Aufhebung des Verbots einer Kreditaufnahme im Ausland wurden bisher noch keine neuen Verbindlichkeiten eingegangen

Die Regierung nähert sich einer *Wirtschaftsreform nur schrittweise* und lehnt weitreichende Privatisierungsmaßnahmen ab Klare Reformvorstellungen sind bisher aber nicht hervorgetreten Die Opposition befürwortet umfangreichere *Privatisierungen*, u. a. auch von Grund und Boden in der Landwirtschaft Sie scheint jedoch wie die Regierung nach einem kohärenten Wirtschaftsprogramm zu suchen Wesentliche Entscheidungen sind erst für die Zeit nach den Wahlen im Mai 1990 zu erwarten

Wirtschaftsentwicklung Abbildung 7 in Rumänien



Einige Ansätze zu Reformmaßnahmen wurden indes bereits realisiert:

- Anfang Jänner beschloß die Regierung, Parzellen mit einer Fläche bis zu 0,6 ha pro Person als *privat zu nutzendes Hofland* an die landwirtschaftliche Bevölkerung zu vergeben. Privat nutzbares Hofland hatte auch das frühere Regime zugelassen, doch hatten Tendenzen bestanden, es zu liquidieren; das neue Dekret ist somit als ein wichtiges Signal zu werten.
- Anfang Februar erhielten *private Unternehmen* größeren Spielraum. Private Kleinbetriebe dürfen demnach bis zu 20 Angestellte haben. Sie können ihre Preise frei bestimmen und selbst mit ausländischen Unternehmen Handel treiben. Auch Auslandsinvestitionen in Privatbetriebe sind gestattet. Es bleibt abzuwarten, wie großzügig die neuen Regelungen administriert werden.
- Mit Wirkung vom 1. Februar wurde der *Leu abgewertet* und der gespaltene Wechselkurs abgeschafft. Der nicht kommerzielle oder touristische Wechselkurs wurde von 8,74 auf 21 Lei je Dollar verändert (eine Abwertung um 58%), der kommerzielle Wechselkurs hingegen von 14,23 auf 21 Lei je Dollar (eine Abwertung um 32%). Die Anpassung steht im Einklang mit den Vorstellungen des Internationalen Währungsfonds und ist u. a. darauf gerichtet, Exporte zu stimulieren und den Schwarzmarkt einzudämmen.

Stephan Barisitz

Produktionsrückgang bei steigendem Leistungsbilanzdefizit in Ungarn

Ungarns *Brutto-Inlandsprodukt* sank 1989 gegenüber dem Vorjahr um 1% bis 2%. Die Ursachen dieser Entwicklung waren die schwache Nachfrage auf dem Inlandsmarkt und der Rückgang im Volumen der Exporte im Transferrubel-Handel. Aufgrund steigender Ausgaben für Reisen im Ausland verschlechterte sich die Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen auf 1,2 Mrd. \$.

Die *Brutto-Industrieproduktion* sank um 3,4%. Während die Beschäftigung in der Industrie um 4% zurückging, stieg die Arbeitsproduktivität

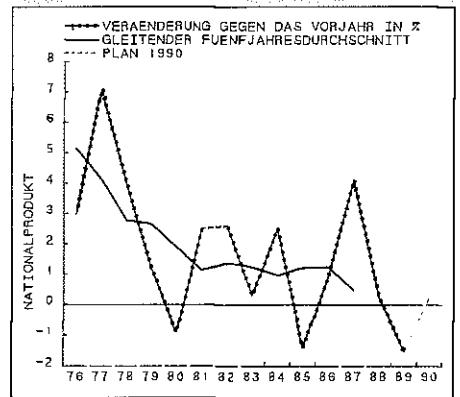
um 0,6%. Das Volumen der Verkäufe durch die Industrie fiel um 2,5% (Jänner bis November); überdurchschnittlich sanken die Verkäufe an den Einzelhandel (-3,8%). Verkäufe für Ex-

Ungarns Brutto-Inlandsprodukt sank 1989 gegenüber dem Vorjahr um 1% bis 2%. Ursachen dieser Entwicklung waren die schwache Nachfrage auf dem Inlandsmarkt und ein Rückgang des Exportvolumens im Transferrubel-Handel.

portzwecke im Transferrubel-Handel fielen um 5,6%, da die Energielieferungen der UdSSR wegen der Energieverbilligung geringere Gegenlieferungen erforderten. Der in konvertiblen Währungen verrechnete Export expandierte um 4,6%.

Unter den Industriebranchen verzeichneten nur die Elektrizitätswirtschaft (+1,9%) und die Nahrungsmittelindustrie (+0,1%) einen Zuwachs der Bruttoproduktion (Jänner bis November 1989, verglichen mit demselben Zeitraum im Vorjahr). Produk-

Wirtschaftsentwicklung in Ungarn *Abbildung 8*



tionsrückgänge ergaben sich in der Eisen- und Stahlindustrie (-1,3%), der Maschinenindustrie (-1,6%), der chemischen Industrie (-2,7%), für die Produktion von Baumaterial (-4,0%), im Bergbau (-5,1%) und in der Leichtindustrie (-5,7%).

Die *Bauwirtschaft* produzierte 1989 brutto um 2,4% mehr als im Vorjahr; die Zahl ihrer Beschäftigten sank um 5,2%, die Arbeitsproduktivität stieg um 8%. Das Wachstum der Bau-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Ungarns

Übersicht 13

	1987	1988	1989		1990 Plan
			Plan	Ist	
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nationalprodukt					
Produziert	+ 41	+ 0,3	-1 bis -2 ¹⁾	-1 bis -2 ¹⁾	±0 bis +0,5 ¹⁾
Verwendet	+ 30	- 3,4	-1 ¹⁾		
Materieller Konsum	+ 31	- 3,5			
Nettoakkumulation	+ 27	- 2,5			
Industrie (sozialistischer Sektor)					
Bruttoproduktion	+ 38	+ 0,0	-1 bis +0	- 3,4	-1 bis ±0
Beschäftigte	- 2,5	- 2,6		- 4,0	
Arbeitsproduktivität	+ 5,1	+ 2,7		+ 0,6	
Bauwirtschaft (sozialistischer Sektor)					
Bruttoproduktion	+ 6,1	- 2,2	-2	+ 2,4	
Beschäftigte	+ 0,9	- 2,3		- 5,2	
Arbeitsproduktivität	+ 5,2	+ 0,1		+ 8,0	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 2,0	+ 4,3	+0 bis +1	- 2,0	±0
Pflanzenbau	- 5,5	+ 7,5		- 2,0	
Tierhaltung	+ 1,5	+ 1,5		- 2,0	
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 7,6	- 7,7	+1 bis +2		+2
Im sozialistischen Sektor	+11,0	- 8,3		+ 8,5 ²⁾	
Im privaten Sektor	- 8,6	- 5,5			+5,0 bis +6,0
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+13,6	+ 8,9		+16,2	
Real	+ 5,3	- 6,5		- 1,5	
Privater Konsum insgesamt	+ 4,1	- 4,3	±0	+ 2,0	+0,5 bis +1,0
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 8,1	+10,3		+17,4	
Real	- 0,4	+ 4,9		+ 0,3	-2,5 bis -2,0
Realeinkommen pro Kopf	+ 0,7	- 0,6	-1	+ 2,0	-1,5 bis -1,0
Verbraucherpreise	+ 8,8	+15,7	bis +16	+17,0	
Exporte					
Insgesamt, nominell	+ 7,1	+12,0		+16,0	-5,0
In konvertibler Währung	+14,4	+25,6		+23,7	+8,0 bis +9,0
Importe					
Insgesamt, nominell	+ 5,3	+ 2,0		+13,6	+1,0
In konvertibler Währung	+11,8	+ 6,2		+23,5	+5,0 bis +6,0

¹⁾ BIP - ²⁾ Nominell

wirtschaft ist vor allem auf die Zunahme privater Bauleistungen auf den Gebieten der Installation, Instandhaltung usw. zurückzuführen

Die Bruttoproduktion der *Landwirtschaft* sank um 2%; sowohl die Pflanzen- als auch die Tierproduktion blieben um 2% unter dem Vorjahresergebnis. Der Rückgang der Pflanzenproduktion ist vor allem auf schlechte Ergebnisse in der Obst- und Gemüseproduktion zurückzuführen. Der Rückgang der Tierproduktion war bedingt durch eine Abnahme der Viehbestände — wahrscheinlich infolge der Einschränkung von Subventionen für die Viehhaltung.

Die *Investitionen* im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor stiegen nominell um 8,5%. Unter der Annahme eines Anstiegs der Preise von Investitionsgütern um 13,5% (dies entspricht der Steigerung der Verkaufspreise der Maschinenindustrie) bedeutet dies ein Sinken des Investitionsvolumens um 4,4%. Die Ursache hierfür dürfte die knappe Liquiditätsslage der Unternehmen sein.

Die durchschnittlichen *Bruttolöhne* (in der Industrie) stiegen nominell um 17,4% und real um 0,3%. Sie nahmen somit stärker zu als geplant, da die Unternehmen die Lockerung der zentralen Lohnkontrollen für Lohnerhöhungen nützten. Aufgrund steigender Einkommen im Privatsektor wuchsen die *Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung* um 2%. Die Steigerung der Verbraucherpreise betrug 17,0%; sie war vor allem durch die Streichung von Verbraucherpreis-subsidien verursacht.

Der Einzelhandel setzte nominell um 16,2% mehr um als 1988, real sanken die Umsätze um 1,5% (Einzelhandelspreise +17,8%). Dennoch stieg der *private Konsum* — aufgrund von Importen ungarischer Touristen aus dem Westen, vor allem aus Österreich¹⁾ — um 2%.

Die Valutenkäufe ungarischer Westtouristen zu offiziellen ungarischen Wechselkursen erreichten 700 bis 800 Mill. \$; diese Summe mußte aus den offiziellen Währungsreserven finanziert werden. Ein Teil davon wurde für Privatimporte aus dem Westen verwendet (siehe oben); ein anderer Teil dürfte jedoch nur zum Schein für

Reisezwecke erworben worden und auf Hartwährungskonten im Westen und in Ungarn selbst geflossen sein. Im November 1989 schränkte die Regierung die Möglichkeiten zum offiziellen Valutenerwerb ein; in der Folge ist für 1990 mit einer geringeren Belastung der Währungsreserven durch Tourismusausgaben zu rechnen.

Die *Gesamtexporte* stiegen nominell um 16,0%, die Gesamtimporte (ohne Privatimporte) um 13,6%. Im Handel in *konvertiblen Währungen* erhöhten sich die Exporte um 23,7% und die Importe um 23,5%. Ungarns Handelsbilanzüberschuß stieg um 18 Mill. \$ auf 870 Mill. \$. Das Volumen der Exporte im Handel in konvertiblen Währungen stieg um 5,0%, jenes der Importe um 7,2%. Die Terms-of-Trade-Gewinne Ungarns im Hartwährungshandel betrugen 4,8% und dürften auf die gute Konjunktur im Westen, die relativ schwachen Westimporte Ungarns und auf Re-Exporte von Energielieferungen aus der UdSSR zurückzuführen sein.

Im *Transferrubel-Handel* nahmen die Exporte Ungarns nominell um 5,4%, die Importe um nur 0,6% zu. Ungarns Handelsbilanzüberschuß im Transferrubel-Handel stieg daher von 6,8 Mrd. Forint im Jahr 1988 auf 17,6 Mrd. Forint 1989 (293 Mill. \$ zu ungarischen, 1 005 Mill. \$ zu sowjetischen Wechselkursen).

Ungarn und die UdSSR sollen Einigung darüber erzielt haben, den gegenseitigen Handel ab 1991 in konvertiblen Währungen abzuwickeln. Nach verschiedenen Schätzungen wird dies für Ungarn jährlich Preisverluste von einigen hundert Millionen Dollar nach sich ziehen, weil die Energielieferungen der UdSSR zu Weltmarktpreisen verrechnet werden gleichzeitig aber ein Großteil der Lieferungen Ungarns, vor allem Maschinen, nur zu niedrigeren Preisen als westliche Waren in der Sowjetunion abzusetzen sein wird.

Als Starterleichterung für Ungarn soll überdies vereinbart worden sein, daß die UdSSR ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber Ungarn aus dem Jahr 1989 zum Kurs von 0,9 Transferrubel je Dollar in konvertiblen Währungen begleicht. Unter der Annahme, daß der gesamte *Handelsbilanzüberschuß*

Ungarns gegenüber der UdSSR im Jahr 1989 in Transferrubel erzielt wurde, bedeutet dies eine Verpflichtung gegenüber Ungarn von 518 Mill. \$.

Die neue Regierung wird in Ungarn voraussichtlich die Privatisierung der Wirtschaft vorantreiben und den finanziellen Druck auf den staatlichen Sektor erhöhen. In der Folge ist mit Produktionsrückgängen infolge des Schrumpfens ineffizienter Sektoren und mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wie groß diese sein wird, hängt davon ab, wie weit das Wachstum des effizienten (vor allem privaten und ausländischen) Sektors der Wirtschaft die Ressourcen, die der ineffiziente Sektor freisetzt, zu beschäftigen vermag.

Michael Friedländer

Wirtschaftskrise und wachsende Spannungen in der UdSSR

Die Wirtschaftsentwicklung war 1989 durch stagnierenden Output und einen rasch wachsenden Geldüberhang mit stark inflationärer Wirkung gekennzeichnet. In den offiziellen An-

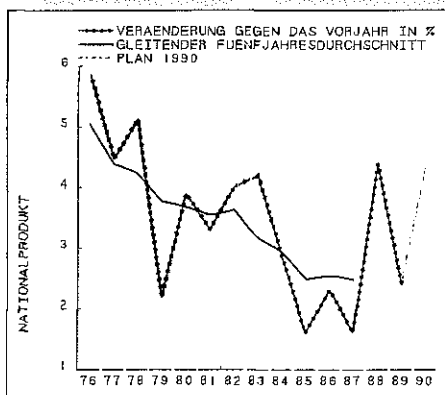
Die Wirtschaft der UdSSR hat Anfang 1990 einen kritischen Punkt erreicht. Die Durchführung der notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen wird durch wachsende soziale und nationale Spannungen erschwert.

gaben über das Wachstum des *produzierten Nationaleinkommens* (+2,4%) wird die Inflation noch immer nicht genügend berücksichtigt²⁾. Auch angesichts der bisher niedrigsten Wachstumsrate der *Brutto-Industrie-Produktion* (+1,7%) und der Landwirtschaft — beide tragen rund je ein Drittel zur Entstehung des Nationaleinkommens bei — muß die Richtigkeit der offiziellen Angaben angezweifelt werden. Besorgniserregender als konkrete Wachstumsraten ist aber die jüngste *Verlangsamung des Produktionswachstums*: In der ersten Hälfte 1989 stieg die Industrieproduktion noch um 2,7%, im III Quartal lediglich um 1% im IV Quartal nur noch um 0,9%, und für die ersten drei Monate 1990 wird offiziell sogar ein Rückgang der Industrieproduktion um 1,2% gemeldet.

¹⁾ „Hetí Világgyászás“, 10. Februar 1990 S. 8

²⁾ Vgl. „Isvestija“ 28. Jänner 1990 S. 1-4

**Wirtschaftsentwicklung Abbildung 9
in der UdSSR**



Die UdSSR scheint in eine Wirtschaftskrise zu steuern: Das Nationaleinkommen wird heuer wahrscheinlich sogar nach den beschönigten amtlichen Angaben zurückgehen. Als Gründe dafür werden die beabsichtigte Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion, die nationalen und sozialen Unruhen sowie die Einstellung der Produktion einiger Betriebe aus Umweltschutzgründen angegeben.

Der Output von Sektoren, die Produktionsmittel und intermediäre Güter erzeugen, hat 1989 praktisch stagniert (+0,7%). Die Rohöl- und Kohleförderung war sogar rückläufig (-3% bzw. -4%), selbst die Gasförderung stieg nur mäßig (+3%, 1988 +6%). Auch die metallurgische Produktion ist gesunken (Stahl -2%, Stahlrohre -1%, Eisenerzförderung -3%), chemische Industrie und Bauwirtschaft stagnierten. Der Maschinenbau - eine der Prioritäten im laufenden Fünfjahresplan - produzierte um nur 3,2% mehr als im Vorjahr (1988 +6,2%). Auch die Bruttoproduktion der Landwirtschaft war enttäuschend (+1%): Weder die gesteigerte Getreideernte (211,1 Mill. t, +8,3%) noch höhere Importe (36 Mill. t, +2,8%) konnten den Rückgang der Getreidelieferungen an den Staat (59 Mill. t, Plan: 86,3 Mill. t) kompensieren. Die Konsumgüterproduktion stieg zwar um 4,8% (+7% zu laufenden Einzelhandelspreisen) fast ein Drittel dieses Zuwachses (9 von insgesamt 30 Mrd. Rubel) entfiel allerdings auf Alkoholika. Angesichts einer Zunahme der Geldeinkommen der Bevölkerung um 64 Mrd. Rubel (+12,9%) überrascht nicht, daß sich *Geldüberhang und*

Versorgungsengpässe weiter vergrößert haben: Die gesamte Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen kann derzeit auf über 900 Mrd. Rubel geschätzt werden - das entspricht etwa dem Wert des gesamten BIP; das vorhandene Angebot (einschließlich der Importe) von höchstens 500 Mrd. Rubel reicht zu ihrer Deckung bei weitem nicht aus.

Die Handelsbilanz der UdSSR schloß erstmals seit langem wieder mit einem Defizit (-3,4 Mrd. Rubel). Nur mit den Entwicklungsländern konnte 1989 ein Überschuß erwirtschaftet werden (+3,1 Mrd. Rubel, 1988 +4,2 Mrd. Rubel). Der Handel mit den RGW-Ländern schrumpfte weiter (Exporte -2,8%, Importe +1,9%); das Defizit betrug 2,6 Mrd. Rubel, nur mit Rumänien ergab sich ein Handelsbilanzüberschuß), hingegen florierte der Handel mit dem Westen (Exporte +11,8%, Importe +25,6%, Defizit von 4,1 Mrd. Rubel). Das sowjetische Defizit im Handel mit dem Westen betrug 1989 mehr als 6,5 Mrd. \$, die *Hartwährungsverschuldung* (Ende 1988 nach offiziellen Angaben der UdSSR 46,8 Mrd. \$) ist im Jahresverlauf auf mehr als 52 Mrd. \$ (brutto) gestiegen. Ein Teil des Handelsbilanzdefizits ist wahrscheinlich auf die rasch zunehmende Zahl von *Joint Ventures* zurückzuführen (insgesamt 1 274 per Anfang 1990, mehr

als 1 000 Verträge wurden während des Jahres 1989 geschlossen). Das gesamte Startkapital dieser *Joint Ventures* betrug 3,3 Mrd. Rubel, der Anteil ausländischen Kapitals lag bei 42% (etwa 2,3 Mrd. \$). Wie zu erwarten war, haben die *Joint Ventures* meist geringen Umfang und konzentrieren sich auch nicht auf die von der UdSSR bevorzugten Bereiche (z. B. Maschinenbau), sondern vornehmlich auf Handel, Tourismus und Leichtindustrie sowie auf verschiedene Dienstleistungsbereiche (z. B. Beratung)³⁾.

Für die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage ist (abgesehen von den nationalen und sozialen Spannungen) auch der schleppende Fortgang der Reformen verantwortlich. Viele Reformvorhaben (z. B. das Gesetz über Staatsunternehmen, über Genossenschaftswesen, Außenhandelstätigkeit usw.) wurden nachträglich durch verschiedene Verordnungen der Ministerien und Lokalbehörden praktisch außer Kraft gesetzt. Auch das im Herbst 1989 von einer Expertenkommission ausgearbeitete Reformkonzept wurde von der konservativen Opposition im Volkskongreß verwässert, und die wichtigsten Reformschritte (z. B. die Preisreform) wurden verschoben. Es bleibt abzuwarten, ob die nach der Wahl Gorbatschows zum Staatspräsidenten der

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR

Übersicht 14

	1987	1988	1989		1990 Plan ⁴⁾
			Plan ¹⁾	Ist ²⁾	
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nationalprodukt					
Produziert	+ 1,6	+ 4,4	+ 5,7	+ 2,4	+ 1,1
Verwendet	+ 0,7	+ 4,6		+ 10 ³⁾	+ 2,4
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,6
Beschäftigte	- 0,3	- 0,8		- 1,4	- 0,4
Arbeitsproduktivität	+ 4,1	+ 4,7		+ 3,1	+ 3,0
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 0,6	+ 1,7	+ 6,6	+ 1,0	
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 5,6	+ 6,2	+ 3,0	+ 0,6	± 0,0
Einzelhandelsumsätze ³⁾	+ 1,1	+ 6,9	+ 7,6	+ 8,1	+ 13,5
Gesellschaftlicher Konsum ³⁾	+ 5,0	+ 7,7	+ 5,5	+ 6,6	
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ⁵⁾	+ 3,0	+ 7,0	+ 3,1	+ 9,5	
Realeinkommen pro Kopf	+ 0,9	+ 3,2		+ 1,0	+ 1,3
Einzelhandelspreise	+ 1,0	+ 3,0		+ 7,5	
Exporte ⁶⁾					
Insgesamt	- 0,1	- 1,9	- 2,1	+ 2,4	
In die westlichen Industrieländer	+ 8,4	+ 3,4		+ 11,8	
Importe ⁶⁾					
Insgesamt	- 3,0	+ 6,5	- 1,8	+ 10,9	
Aus den westlichen Industrieländern	- 12,6	+ 17,6		+ 25,6	

¹⁾ Gegenüber dem Plan für 1988. - ²⁾ Vgl. „Iswestija“ 28. Jänner 1990. - ³⁾ Gegenüber dem Plan für 1989. - ⁴⁾ Schätzung. - ⁵⁾ Laufende Preise. - ⁶⁾ Auf Rubelbasis.

³⁾ Vgl. *Ekonomika i zhizn* 1990 (4) S. 21

UdSSR im März 1990 angekündigte Radikalisierung der Reformen in Richtung Marktwirtschaft (möglicherweise schon ab Mitte 1990) die erwünschten Effekte bringen wird Vorerst setzt Moskau noch auf verstärkte administrative Kontrollen, die den Zerfall der Sowjetunion und ein weiteres Absinken der Produktion verhindern sollen

Peter Havlik

Jugoslawien: Deutlicher Rückgang der realen Kaufkraft

Jugoslawiens langanhaltende Wirtschaftskrise spitzte sich im Jahr 1989 weiter zu: Stagnation des Sozialproduktes und der Industrieproduktion, Hyperinflation (zwischen Dezember 1988 und Dezember 1989 stiegen die Einzelhandelspreise um 2 660%),

Im Gegensatz zu den weiterhin ungelösten binnenwirtschaftlichen Problemen konnte die Auslandsverschuldung Jugoslawiens bedeutend gesenkt werden. Ein neues, sehr ehrgeiziges Reformprogramm soll das Land aus der langjährigen Krise führen.

steigende Arbeitslosigkeit und eine Binnenverschuldung von 13,5 Mrd. \$. Hinzu kommt die weitere Eskalation des Nationalitätenkonflikts, der sich im ökonomischen Bereich im Boykott slowenischer Waren durch Serbien niederschlägt

Die *Industrieproduktion* — seit 1987 in der Krise — hat sich auch 1989 nicht belebt (+0,9%) Zwei Fünftel aller Industriezweige wiesen Rückgänge auf, besonders betroffen waren der Schiffbau (-7,4%), die Gewinnung von Eisenerz (-6,6%) und die Produktion von Tabak Die höchsten Produktionszuwächse verzeichneten die Recycling-Industrie (+11,4%), die Polygraphie (+11%), die Leder- und Pelzverarbeitung (+5,8%) sowie der Maschinenbau (+4,9%)

Ausschlaggebend für die Stagnation der Industrieproduktion waren wie in den vergangenen Jahren das Sinken der Nachfrage auf dem Inlandsmarkt hohe Verluste in den Betrieben sowie — bedingt durch Streiks — temporäre Produktionsunterbrechungen Im Jahr 1989 wurden 1 900 Arbeitsniederlegungen regi-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Jugoslawiens

Übersicht 15

	1987	1988	1989		1990 ¹⁾
			Projektion	Ist	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Sozialprodukt ²⁾	- 11	- 17	+15	+ 0,8	- 20
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 0,8	- 0,7	+10	+ 0,9	- 20
Beschäftigte	+ 3,1	+ 0,3			
Arbeitsproduktivität	- 2,3	- 1,0			
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 4,7	- 5,0	+6,0	+ 3,0	
Pflanzenbau ³⁾	- 9,3	- 8,0			
Tierhaltung	+ 0,9	- 3,0 ³⁾			
Brutto-Anlageinvestitionen					
Real	- 5,1	- 5,8	+3,5	+ 2,0	+ 2,0
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+109,0	+185,7		+1 052,0	
Real	- 2,9	- 3,8		- 15,0	
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+105,5	+171,7		+1 587,0	
Real	- 6,7	- 7,8	+0,6	+ 6,5	- 2,5
Einzelhandelspreise	+118,4	+198,7		+1 255,7	+13,0
Exporte					
Insgesamt	+ 6,0	+ 9,5	+5,1	+ 6,1	+ 8,0
In die westlichen Industrieländer	+ 27,9	+ 13,0		+ 6,7	
In konvertibler Währung	+ 18,0	+ 11,9	+5,5	+ 10,3	+10,0
Importe					
Insgesamt	- 1,5	+ 3,4	+8,2	+ 12,5	
Aus den westlichen Industrieländern	+ 2,5	+ 1,7		+ 9,9	
In konvertibler Währung	- 1,4	+ 7,1	+8,0	+ 15,7	

¹⁾ Erwartung der Regierung — ²⁾ Jugoslawische Definition — ³⁾ Schätzung

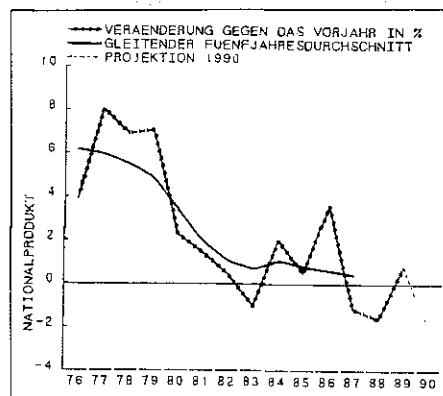
striert an welchen 470 000 Arbeiter beteiligt waren

Im Zeitraum 1980/1989 nahmen die *Bruttoinvestitionen* jährlich um 5% (real) ab; nach vorläufigen Schätzungen wurde 1989 ein mäßiger Zuwachs von 2% erzielt Seit Inkrafttreten des neuen Joint-Venture-Gesetzes Ende 1988 wurden mit ausländischen Investoren 988 Verträge (Stand vom 13 März 1990) in der Höhe von 800 Mill DM abgeschlossen Der Lebensstandard ist 1989 weiter gesunken, die *Einzelhandelsumsätze* blieben um 15% (real) unter dem Vorjahreswert

Bei einem Rückgang der Beschäftigung (im sozialistischen Sektor der Wirtschaft) um 0,2% nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den ersten elf Monaten 1989 verglichen mit der Vorjahresperiode um 6 1% auf 1,2 Mill Personen zu (Arbeitslosenquote von 15%) Die Zahl der Arbeitslosen wird sich im Zuge der Wirtschaftsreformen um ein Vielfaches erhöhen: Nach Schätzungen aus Jugoslawien sind im sozialistischen Sektor der Wirtschaft rund 2 Mill Personen — etwa ein Drittel — zuviel beschäftigt Um möglichen sozialen Unruhen entgegenzutreten wurden im Budget 1990 für Sozialprogramme 150 Mill. \$ bereitgestellt

Das schrittweise Abgehen vom Quotenregime und die damit verbundene Liberalisierung von Importen (derzeit sind rund 88% der Importe frei) hatte im Jahr 1989 einen *Anstieg des Handelsbilanzdefizits* auf 1,4 Mrd \$ zur Folge (1988 rund 600 Mill. \$) Rund 80% der Einfuhr und Ausfuhr Jugoslawiens entfielen auf den Handel mit Hartwährungsländern 1989 brachte die *Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen* (die seit 1983 einen positiven Saldo aufweist) einen Überschuß von 2 Mrd \$; erreicht wurde er — trotz einer Verschlechterung des Handelsbilanzdefizits um rund 600 Mill \$ gegenüber 1988 — durch eine Erhöhung der Nettoeinnahmen

Wirtschaftsentwicklung Abbildung 10 in Jugoslawien



aus den Dienstleistungen sowie eine Abnahme der Zinszahlungen

Die *Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen* betrug Ende 1989 17,4 Mrd \$ und war damit um 1,5 Mrd \$ geringer als 1988. Mitte März 1990 gewährte der Internationale Währungsfonds Jugoslawien einen neuerlichen Standby-Kredit — bereits das sechste Abkommen seit 1980 — in der Höhe von 460 Mill SZR mit einer Laufzeit von 18 Monaten. In der Folge bewilligte die Weltbank einen Strukturanpassungskredit (SAL II) in der Höhe von 400 Mill. \$ dem ein Finanzkredit über 300 Mill. \$ folgen soll. Neben neuerlichen Umschuldungen mit dem Pariser Klub erwartet Jugoslawien in diesem Jahr Kredite aus dem Westen (700 Mill. \$) sowie Mittel aus dem von der EFTA bereitgestellten 100-Mill.-\$-Fonds.

Ende 1989 verabschiedete die jugoslawische Regierung nach einjähriger Vorbereitungsphase — in welcher neben Verfassungsänderungen 40 neue Gesetze in Hinblick auf die Einführung der Marktwirtschaft erlassen wurden — ein neues *Reformprogramm*. Hauptpunkt des Programmes

ist die *Konvertibilität* des Dinars, der — nach einer Abwertung gegenüber der DM um 8,2% — bis Ende Juni 1990 fest an die DM gekoppelt wurde (7 Dinar je DM). Seit 1. Jänner 1990 haben jugoslawische Staatsbürger freien Zugang zu konvertiblen Währungen, der private und der gesellschaftliche Sektor wurden in ihren Rechten und Pflichten gleichgestellt. Im Einzelhandel wurden 80% der *Preise freigegeben*, ausgenommen sind die Preise im Bereich von Infrastruktur, kommunalen Dienstleistungen und Medikamenten, die ebenso wie die Löhne bis Ende Juni 1990 eingefroren wurden.

Die bestehenden Gesetze über Konkurs und Liquidation, die die Gewährung von Subventionen an verlustbringende Unternehmen und Banken untersagen, sollen strikt zur Anwendung kommen; Bankkredite an zahlungsunfähige Unternehmen sollen gestoppt werden. In den ersten neun Monaten 1989 wies jedes fünfte Unternehmen Verluste aus, sie betragen insgesamt über 1 Mrd \$.

Nach einer Reihe mißlungener Reformversuche bedeutet das neue Pro-

gramm der Regierung das auf weit aus realistischeren Grundlagen basiert als seine Vorgänger einen ersten Schritt zur Bekämpfung der langandauernden Wirtschaftskrise Jugoslawiens. Innerhalb des Landes wird vor allem von serbischer Seite der sechsmonatige Lohnstopp kritisiert, der — nicht zuletzt wegen des angeheizten Nationalitätenkonflikts — zu weiteren sozialen Unruhen führen und so das Regierungsprogramm wie auch die gesamte Regierung gefährden könnte. Fraglich ist, ob es der Regierung gelingen wird die strikte Geldpolitik gegenüber verlustbringenden Unternehmen aufrechtzuerhalten, d. h. Verluste nicht wie in der Vergangenheit mit Krediten und Subventionen abzudecken, sondern auf dem Schließen der Unternehmen zu bestehen. Letzteres würde die Zahl der Arbeitslosen enorm erhöhen und so geeignete Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem in der Privatwirtschaft, aber auch den Ausbau des bislang vernachlässigten sozialen Sicherungsnetzes erfordern, um soziale Unruhen zu vermeiden.

Hermine Vidovic